

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 14. Mai 1920
12. Jahrgang, Nummer 110

Besteht täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 3,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die begehrteste Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 8 Pf., Restanzenpreis: Die dreizehnhundert Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Verlagsstellen: Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 542 24.
Postfach: Breslau 544, Woblasten: Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Druckerei:** Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Verlag:** Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Verlag:** Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Verlag:** Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02.

Rote Betriebsräte siege bei der Reichsbahn!

Ueberwältigende oppositionelle Mehrheit in Gleiwitz und Oppeln
Auch in Schlesien Vormarsch der Opposition

Breslau, 13. Mai. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition erhielt in Oberschlesien die erdrückende Mehrheit aller Stimmen. In Gleiwitz verlor der Einheitsverband sein letztes Mandat. In Schlesien sind die Ergebnisse für die Opposition schlechter, doch auch hier befindet sie sich im Vormarsch. In Oels und Lauban ging die Opposition erströmig mit eigener Liste in die Wahl. In Oels verlor der Einheitsverband zwei Sitze. In Lauban hatte die Opposition bei der vorjährigen Pensionistenwahl nur 51 Stimmen, jetzt bei der Betriebsratswahl 113 Stimmen. Der Einheitsverband hatte bei der Pensionistenwahl 413 Stimmen; er verlor also 53 Stimmen. Sobald alle Wahlergebnisse aus Schlesien und Oberschlesien vorliegen, werden wir zu dem Ausgang der Betriebsratswahl zusammenfassend Stellung nehmen.

Polomotiv-Werkstatt Gleiwitz:
Revolutionäre Opposition 610 Stimmen, 0 Sitze
Einheitsverband 51 Stimmen, 0 Sitze (1029: 1 Sitz)
Allgemeiner Eisenbahnerverb. 51 Stimmen, 0 Sitze
Gewerksch. deutsch. Eisenb. 134 Stimmen, 2 Sitze

Wagen-Werkstatt Gleiwitz:
Revolutionäre Opposition 461 Stimmen
Allgemeiner Eisenbahnerverband 359 Stimmen
Gewerksch. deutscher Eisenbahner 261 Stimmen
Einheitsverband 235 Stimmen

Hauptwerkstatt Oppeln:
Revolutionäre Opposition 679 Stimmen
Einheitsverband 83 Stimmen
Gewerksch. deutscher Eisenbahner 123 Stimmen
Allgemeiner Eisenbahnerverband 131 Stimmen

Bahnmeisterei Kreis Oppeln:
Revolutionäre Opposition 27 Stimmen
Gewerksch. deutscher Eisenbahner 15 Stimmen
Einheitsverband 9 Stimmen

Reichsbahndirektion Oppeln:
Revolutionäre Opposition 28 Stimmen
Einheitsverband 3 Stimmen
Gewerksch. deutscher Eisenbahner 24 Stimmen

EBW. Oppeln:
Revolutionäre Opposition 116 Stimmen
Einheitsverband 16 Stimmen
Gewerksch. deutscher Eisenbahner 31 Stimmen

EBW. Großschönitz:
Revolutionäre Opposition 59 Stimmen
Einheitsverband 4 Stimmen
Gewerksch. deutscher Eisenbahner 19 Stimmen

EBW. Weiskretscham:
Revolutionäre Opposition 102 Stimmen
Einheitsverband 28 Stimmen
Gewerksch. deutscher Eisenbahner 9 Stimmen

Eisenbahnwerkstatt Oels:
Revolutionäre Opposition 264 Stimmen, 2 Sitze
Einheitsverband 833 Stimmen, 8 Sitze (2 verloren)
Gewerksch. deutscher Eisenb. 144 Stimmen, 1 Sitz
KPD. 62 Stimmen, 0 Sitze

Reichsbahnausbesserungswerk Lauban:
Revolutionäre Opposition 113 Stimmen, 2 Sitze
Einheitsverband 360 Stimmen, 6 Sitze
Allgemeiner Eisenbahnerverband 51 Stimmen, 1 Sitz
Gewerksch. deutscher Eisenbahner 49 Stimmen, 0 Sitze

Polizei, Zucht- und Kirche verpulvert werden, den Provinzen und damit den Gemeinden und Gemeindeverbänden zuziehen.
Weiter verlangt der Provinziallandtag, daß die Hauszinssteuer — solange sie besteht — an die Gemeinden voll abgeführt, und zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet wird. Der Provinziallandtag fordert ferner, daß alle Vermögen über 50000 Mark beschlagnahmt werden.

Gegen Mietwucher und Wohnungselend
Des weiteren brachte die kommunistische Fraktion mehrere Entschlüsse ein, die sich gegen Wohnungselend und Mieterwucher richteten und in denen die Forderung der Hauszinssteuer — und so lange sie noch erhoben wird, ihre restlose Verwendung für den Bau von Arbeiterwohnungen — verlangt und gegen den Neubausmietwucher sowie gegen die geplante Mieterhöhung in Preußen für Arbeiterwohnungen protestiert wird. Dazu brachte die kommunistische Fraktion noch folgenden Antrag ein:

Kommunisten fordern Bau von mindestens 5000 Arbeiterwohnungen
„Darüber hinaus wird die Provinzialverwaltung beauftragt, sich aus ein Wohnungsbauprogramm durchzuführen, das mindestens die Erstellung von 5000 Arbeiterwohnungen vorsieht. Die erforderlichen Mittel sind durch steuerliche Sonderbelastung der großen Vermögen und Einkommen sicherzustellen.“

Die unhaltbaren Zustände in den Heil- und Pflegestätten
Bei der Beratung des Haushaltsplanes der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten Lebus, Brieg, Bunzlau, Magwitz, Lüben und Freiburg beantragte die kommunistische Fraktion, daß die Anzahl der Ärzte vermehrt wird, so daß ein Arzt, dem mehrere Assistenzärzte zur Seite stehen, auf keinen Fall mehr als 100 Kranke behandeln darf.

Die Kommunisten forderten, daß die Arbeitszeit des Pflegepersonals, die gegenwärtig 72 Stunden beträgt, auf täglich sieben Stunden herabgesetzt und das Personal entsprechend vermehrt wird. Ein weiterer Antrag verlangt die Erhöhung der Pflegegelder von 59 Pfg. auf eine Mark pro Tag und Kopf.
Ferner wurde die Streichung der Ausgaben für Gottesdienste gefordert und gegen die Arbeitstherapie protestiert, die in letzter Zeit als neue Heilmethode bei den Geisteskranken angewendet wird, aber nichts anderes darstellt als eine wirtschaftliche Ausbeutung der Kranken.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Kommunisten im Schlesischen Provinziallandtag

Breslau, 13. Mai. Im Niederschlesischen Provinziallandtag stand gestern u. a. das Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Debatte. Die vollständig unzulängliche Vorlage der Provinzialverwaltung sah die geringe Beschäftigungszahl von 3000 Arbeitern vor. Ein derartiges „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ bedeutet angesichts der katastrophalen Erwerbslosigkeit auf dem schlesischen Arbeitsmarkt keine ernste Hilfsmaßnahme. Die kommunistische Fraktion brachte deshalb ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ein, das wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Her mit dem Siebenstundentag!

Die ungeheure Erwerbslosigkeit, hervorgerufen durch die kapitalistische Profitwirtschaft und die verhängnisvolle Nationalisierung, muß mit allen Mitteln beseitigt werden. Die Not und das Elend der Erwerbslosen, insbesondere der Krisenunterstützungsempfänger, der Ausgesteuerten und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, hat einen Grad erreicht, der sofortiges und durchgreifendes Handeln erfordert. Auch die Kleinbauern und Teile des Handwerks befinden sich in einer Notlage, der dringend gesteuert werden muß. Es muß dagegen mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß von einer Notlage der Großindustrie und der Großagrarier nicht gesprochen werden kann. Subventionen und Steuerbefreiungen an Großindustrie und die Großagrarier verschlimmern die Notlage der tatsächlich Notleidenden. Der Provinziallandtag sieht im folgendem Beschluß die einzige Möglichkeit, den oben genannten Schichten der schlesischen Bevölkerung zu helfen:

1. Bei allen der Provinz Niederschlesien unterstehenden Verwaltungen, Betrieben und Anstalten wird sofort die siebenstündige Arbeitszeit eingeführt. Eine Herabminderung des Lohnes erfolgt dadurch nicht.
2. Alle Straßen der Provinz werden in ordnungsmäßigen Zustand gebracht. Soweit als möglich wird dazu Steinpflaster verwendet, um gleichzeitig die erwerbslosen Steinarbeiter beschäftigt zu können.
3. Alle Flüsse, die bei Hochwasser eine Gefahr für die Anlieger und deren Grundstücke sind, werden ausgebaut. Auch diejenigen Flüsse, die halbseitig ausgebaut sind, wie das Brattschwasser und Schneegrubenwasser, werden fertiggestellt.
4. Bau eines Kanals von Maltzsch bis Freiburg.
5. Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Provinz stellt ausreichende Mittel den Gemeinden zur Verfügung. Die Mieten müssen im Einvernehmen mit der Provinz festgesetzt und so ge-

halten sein, daß sie für Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte tragbar sind.

Beschaffung der Mittel zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms

Der Provinziallandtag fordert von Reich und Staat, daß die Mittel, die zum überwiegenden Teil von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden, und die zu Dingen verwendet werden, die die Notlage noch verschärfen — Steuererlöse und Subventionen an Großindustrie und Großagrarier — den Provinzen zur Verfügung gestellt werden. Besonders fordert der Provinziallandtag, daß die ungeheuren Summen, die von Reich und Staat für Reichswehr,

Neun Tote auf der Concordia-Grube

Schwere Grubenkatastrophe in Oberschlesien

Hindenburg, 13. Mai. Gestern ereignete sich auf der Concordia-Grube ein schweres Unglück. Angeblich infolge eines Gebirgschlags stürzte das Gebirge ein. Dabei wurde das Glas einer Sicherheitslampe zertrümmert. Die dadurch freigelegte Flamme der Lampe zündete die vorhandenen Schlagwetter, so daß auf den Gebirgschlag eine Schlagwetterexplosion folgte. Zwölf Bergarbeiter wurden verschüttet. Acht davon konnten nur als Leichen geborgen werden. Drei wurden schwer verletzt. Einer von den Schwerverletzten starb bereits. Bezeichnend ist, daß die zwei reformistischen Betriebsräte erst anderthalb Stunden nach der Katastrophe eingefahren waren und nur eine halbe Stunde unten blieben. Ausführlicher Bericht folgt.

Kommunistischer Erfolg bei den oberschlesischen Seimwahlen

Kattowitz, 13. Mai. Die Wahlen zum oberschlesischen Sejm brachten der kommunistischen Partei einen Erfolg, der von der gesamten bürgerlichen Presse zugegeben wird. Bisher waren die Kommunisten im oberschlesischen Sejm nicht vertreten. Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen werden die Kommunisten jetzt zwei Mandate erhalten. Es ist der kommunistischen Partei gelungen, in Polnisch-Oberschlesien trotz Illegalität und dem brutalen Terror der Slawet-Regierung, trotz der chauvinistischen Ver-

aller bürgerlichen Parteien die besten Elemente des Proletariats zu einem Bekenntnis für den revolutionären Klassenkampf zu sammeln. Insgesamt wurden zum oberschlesischen Sejm gestern 48 Abgeordnete gewählt. Davon entfallen auf die Deutsche Wahlgenossenschaft (bürgerlich) 15, auf die deutschen Sozialisten 1, auf den Fortschritt-Block 13, auf den Regierungsbund Graynitski-Pilsudski 10, auf die polnischen Sozialisten 4, auf die polnische nationale Arbeiterpartei 3, auf die Kommunisten 2 Mandate. Alle übrigen polnischen Splitterparteien sind ohne Mandat geblieben.

Die Partei im Vormarsch

Bis jetzt sind im Bezirk Schlesien in Mai 168 Neuaufnahmen gemacht worden. In den letzten Tagen in Schweidnitz 12 und in Freiburg 18. Alle Ortsgruppen, Straßen- und Betriebszellen müssen sofort die notwendigen Vorbereitungen zur Werbekampagne treffen, die ab 25. Mai für Partei und Presse durchgeführt wird.

Zum Bericht über den 16. Bezirksparteitag der kommunistischen Partei Schlesiens. Im gestrigen Bericht ist ein stimmführender Druckfehler. Die Entschlüsse zum Referat des 38. Berichters enthält nicht die „vorbehaltliche“, sondern die „vorbehaltlose“ Zustimmung zu den Beschlüssen des Ekli- und des Zentralkomitees. Wir veröffentlichen morgen den ausführlichen Bericht und die Beschlüsse des Bezirksparteitages.

Sonderamnestie für Faschisten geplant

Neuer Betrug an Margies, Gödeler, Peters und vielen anderen in Vorbereitung — Kampf mit der Roten Hilfe für die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Während der letzten Haushaltsausführung des Reichstages wurde während der Beratungen des Budgets von den Mitgliedern der kommunistischen Fraktion mit unwiderleglichem Material die Polizei und Justizbehörden gezeigelt und eine Generalamnestie gefordert. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Mitglieder des Haushaltsausschusses, insbesondere die des Sozialdemokraten Landberg, zeigt, daß die sozialfaschistischen Führer wie vor der „großen“ Amnestie nach den Wahlen 1928 fest entschlossen sind, eine Generalamnestie abzugeben.

Der verächtliche Sozialdemokrat Landberg wandte sich mit der laienhaften Begründung gegen eine Amnestie, daß sie nur dazu geeignet sei, dem „Kowidylum“ den Weg frei zu machen.

In derselben Linie wird nun im Sonntags-„Vorwärts“ unter der Überschrift „Allgemeine Amnestie“ das Betrugsmanöver von den Wahlen 1928 wiederholt, indem er den Kommunisten zum Vorwurf macht, daß sie zu einer Amnestie jeherzeit bereit seien, bei der auch die „großen“ Amnestie-Führer gelehrt würden. Wir glauben, daß es nicht mehr viele sozialdemokratische Arbeiter gibt, die nicht angefaßt dieser unverschämten Demagogie von der Nut gepackt werden.

Während Margies nicht amnestiert wurde, Peters verurteilt ist, lebenslanglich im Zuchthaus zu sitzen, Gödeler und viele, viele andere für weitere Jahre hinter Mauern vergraben sind,

ist von den Bombenlegern, die Herrn Severing freiwillige Hilfe für sein Republikfluchtgesetz gegeben haben, von den Gemeinrätern, von den Hafenräubern, die Arbeiter hingschlachteten, so gut wie keiner mehr in Haft.

Die Lage ist klar: Von der Brüning-Regierung und ihren sozialfaschistischen Freunden wird auch für die letzten noch lebhaftesten faschistischen Mordbuben eine sogenannte „Mittelamnestie“ vorbereitet. Wieder sollen insgesamt etwa 1000 abgeurteilte und angefallene Proletarier um die Amnestie betrogen, eine Sonderamnestie für Faschisten durchgeführt werden.

Unter Führung der Roten Hilfe und der kommunistischen Partei gilt es, den Herren einen Strich durch die Rechnung zu machen und einen Sturm für die Generalamnestie für die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen zu entfachen. Protestveranstaltungen in jedem Betrieb, in jedem Arbeiterbezirk! Heraus mit unseren politischen Gefangenen! Das ist die Losung!

Gewerkschaftspalter am Pranger

Ihehoer Prozeß gegen rote Textilproletarier — Selbst bürgerliches Klassengericht muß die Ausschüsse oppositioneller Textilarbeiter als statutenwidrig erklären — Scharf auch um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Hamburg, 12. Mai. (Eigener Bericht.) Vor dem Amtsgericht Ihehoe fand ein Prozeß statt, in dem Ihehoe oppositionelle Textilarbeiter von der Bürokratie des Deutschen Textilarbeiterverbandes des Hansfriedensbrüches angeklagt waren. Es handelt sich um die bekannten Ihehoeer Vorgänge vom November vorigen Jahres, über die wir ausführlich berichteten, wobei sich die Textilarbeiterinnen durch ihr mutiges Auftreten besonders hervortaten.

Genosse Waldemar Bogesky wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt und die angeklagten Arbeiter Gustav Karan, Rudolf Hinz, August Legband und die Arbeiterin Marie Karan freigesprochen. In der Verhandlung mußte selbst das bürgerliche Klassengericht feststellen, daß die diktatorischen Ausschüsse oppositioneller Kollegen statuten- und rechtswidrig seien. Als der wahre Angeklagte blieb der sozialfaschistische Gauleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Dahmann, im Gerichtssaal.

Es ist noch in frischer Erinnerung, wie die Ihehoeer Textilarbeiterinnen durch ihr überaus mutiges Auftreten von sich reden machten. Vier oppositionelle Textilarbeiter waren ausgeschlossen worden, und die Bürokratie des Textilarbeiterverbandes, Filialleitung Neumünster, hatte eine Verammlung einberufen, wo sie die Ausschüsse rechtfertigen wollte. Nachdem die vier ausgeschlossenen Kollegen nicht zugelassen wurden, brach ein Proteststurm los, und die Textilarbeiterinnen trugen die Ausschüsse auf den Schultern in den Saal. Die Bürokratie mußte sich nicht anders zu helfen, als ein Heberjallommando zu alarmieren, das mit aller Brutalität und gezogenem Revolver gegen die oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder voring. Sogar die Gewerkschaftsbürokraten beteiligten sich mit mitgebrachten Schlagringen an der Attacke auf die wehrlosen Frauen. Die beiden anwesenden Gewerkschaftssekretäre, der Gauleiter Dahmann aus Hannover und der Filialleiter Mayke aus Neumünster, mußten aber erleben, daß sich die Textilarbeiterinnen zur Wehr setzten, und daß sie selbst eine anständige Tracht mit nach Hause nehmen mußten.

Diese Vorgänge waren Gegenstand einer Anklage auf Hansfriedensbruch, mit der sich die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten an den heldenmütigen Textilarbeiterinnen zu rächen gedachten. Es kam jedoch anders. Selbst Staatsanwaltschaftsrat Kuhle mußte in seinem Plädoyer die ansehenerregende Feststellung machen, daß die Ausschüsse gegen die oppositionellen Textilarbeiter offensichtlich nicht statutenmäßig erfolgten und sich deshalb gegen alle Angeklagten das Verbrechen des Hansfriedensbruchs fallen. Der Verteidiger der Angeklagten stellte in seinen Ausführungen ebenfalls fest, daß das Ausschlußschreiben aus Neumünster nicht mehr als ein Stück Papier sei, den jedes Zivildienstler als völlig wertlos erkennen müsse.

Selbst das bürgerliche Klassengericht muß die Unzulässigkeit der hiesigen Ausschlußmaßnahme sozialfaschistischer Gewerkschaftsbürokraten gegen oppositionelle Kollegen feststellen. Das muß für alle Arbeiter, für alle Gewerkschaftsmitglieder ein erneuter Ansporn sein, sich um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu kehren und den Kampf gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie führen.

Hitler-Bayern „hilft“ den armen Bauern

Als die ostpreussischen Großagrarier bei der Hermann-Müller-Regierung anknüpften, erhielten sie von ihr wie auch von der preussischen Koalitionsregierung Millionen über Millionen, die die Herren Junker unter sich verteilten, während die wirklich notleidenden Kleinbauern sich den Mund wischen konnten. Ja, man ging sogar dazu über, Kleinbauern, die ihre Steuern nicht zahlen konnten, den Gerichtsvollzieher ins Haus zu schicken. Nach preussischem Muster ging auch die bayerische reaktionäre Regierung gegen die Kleinbauern vor.

Das Amtsgericht Gernersheim hat in diesen Tagen an 300 Strafbefehle gegen Kleinbauern und Bäuer in verschiedenen pfälzischen Orten erlassen, weil sie gegen die rigorosen Steuererhöhungen Stellung nahmen, den Steuergrundbesitzern hingegen sind dort Millionenbeträge an Subventionen und Steuererlässen bewilligt worden. Der Kurs der Grünen Front unter Führung von Schiele wirkt sich also nicht nur

in Preußen, sondern in den Bauernländern, in denen die Faschisten dominierenden Einfluß haben, aus. Zu gleicher Zeit wurden aus dem Haushaltsplan der bayerischen Regierung zehn Millionen von der Position für soziale Ausgaben und für Landwirtschaft gestrichen. Das ist die Bauernpolitik im kapitalistischen Deutschland!

Nazi-Sehnsucht nach der Futtertrippe

Für Ministerposten sind die Nationalsozialisten zu jedem Verbrechen bereit

Zwischen dem neugeborenen Ministerpräsidenten von Sachsen, Schied, und dem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten v. Killinger, fand eine Besprechung über die Unterstützung der Regierung durch die Nationalsozialisten statt. Dabei trugen die Nazis als wichtigste Forderung den Wunsch nach der Besetzung mindestens eines Ministeriums, und zwar des Arbeitsministeriums, vor. Wie es scheint, wollen ihnen aber die anderen Parteien lieber das Volkseisenministerium, das Ministerium des Innern, überlassen.

Es ist also wahrscheinlich, daß es den Nationalsozialisten gelingt, für weitere ihrer Führer so den Weg zur Futtertrippe freizumachen, wofür sie dann auch in Sachsen, genau wie in Thüringen, bereit sind, alle aufgestellten Forderungen und Forderungen zu verraten.

Nun erst recht: Seid bereit!

Die „Berliner Börsenzeitung“ regt sich über den fortschreitenden Einfluß der kommunistischen Jugendorganisationen und des Jungpartiaratsbundes auf die Berliner Schuljugend fürchtbar auf. Besonders ein Flugblatt hat es ihr angetan, in dem die kommende Arbeitergeneration versichert, daß sie

„getrennt dem Vorbild der bolschewistischen Jugend Samjestruplands, mit der Waffe in der Hand, den Sieg erzwingen“ will.

Wir begreifen die Erregung des Bourgeoisblattes.

Rot Front! dem ermordeten Kämpfer

Massenbeteiligung beim Begräbnis des ermordeten Genossen Zahnte

Tausende Arbeiter marschierten gestern unter umflorten Fahnen durch die Berliner Proletarierquartiere hinaus nach Friedrichshagen, um dem von den Polizeihinterwäldern erschossenen Kameraden Zahnte die letzte Ehre zu erweisen. Tausende und aber Tausende von Arbeiterfrauen hielten mit geballten, erhobenen Fäusten auf den Bürgerweihen und begrüßten die Hiebe des ermordeten jungen Kameraden und die müchtigen Kolonnen der kämpfenden revolutionären Arbeiterklasse.

Um 12 Uhr mittags fand eine kurze, eindrucksvolle Feier im Rosa-Luxemburg-Saal

des Karl-Liebknecht-Hauses statt, an der die Angehörigen des Ermordeten, die Vertreter des Zentralkomitees und der Bezirksleitung, des kommunistischen Jugendverbandes, der kommunistischen Partei und der Roten Hilfe teilnahmen. Nach kurzen, einfachen Abschiedsworten wurde die Urne zum Rüstener Platz gebracht.

Der Rüstener Platz war um 12 Uhr von den Kolonnen der amarschierenden Arbeiter angefüllt. Hunderte und aber Hunderte von Fregiel-Soldaten waren in ihren Lastautos aufgeföhren. Proletarierweihen konnten sie sich mitten zwischen die Arbeiter auf und veranstalteten Jagden auf Rüstener Plätze und blasse Hemden der Antifaschisten. Ungefähr zwanzig junge Arbeiter wurden verhaftet und abgeführt.

Dann formierte sich der Franerzug. Bierzig rote Fahnen

Gegen Massenentlassungen und Tariferhöhung bei der Reichsbahn

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte bei den Beratungen des Etats des Reichsverkehrsministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstages folgende Anträge ein:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erziehen:

1. Die von der Reichsbahnverwaltung beschlossene Tariferhöhung für die Beförderung von Personen und Gütern hat zu unterbleiben. Die Zustimmung des Reichsabinetts zur Erhöhung der Stück- und Expreßtarife wird rückgängig gemacht.
2. Alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die geplanten und teilweise bereits in Angriff genommenen Schließungen resp. Einschränkungen der Eisenbahnunterwerke (insbesondere in Breslau, Dresden-Friedrichstadt, Dortmund, Magdeburg-Budow, Opladen, Solingen usw.) zu verhindern.
3. Den Beschluß der Reichsbahnverwaltung, der vorsieht, daß 20 000 Zeitarbeiter weniger eingestellt werden sollen, rückgängig zu machen.
4. Dahin zu wirken, daß Einschränkungen an Reparaturarbeiten bei den Fahrzeugen aufgehoben werden.
5. Dahin zu wirken, daß die Arbeitszeit der bei der Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht mehr als sieben Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich beträgt. Es ist voller Lohnausgleich sowie Erhöhung der Löhne um 20 Pf. pro Stunde zu gewähren.

Demagogie plus Idiotismus

Hugenbergs Leitfäden zur „Gesundung“ des morschen Staates

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg läßt Leitfäden verbreiten, die ein neues Programm für das „neue Deutschland“ sein sollen. Sie sind zwar ein ungläublich blödsinniges Gemisch von widersprüchlichen Phrasen, aber dennoch in raffinierter Weise darauf berechnet, breite Massen irrezuführen und gegen den Bolschewismus mobil zu machen. Diese Leitfäden erinnern in vieler Beziehung an die demagogischen Schwägerchen der Nationalsozialisten.

Von der Geburt an bis zum Grabe sei der Mensch „unausweichlich Glied eines großen Ganzen von Gebundenheiten“. Darunter kann man sich schließlich alles vorstellen. Hugenberg entbehrt bei seinen Vorstellungen auch „falsch verbundene Individuen“, wie sie seiner Meinung nach der „die menschliche Gesellschaft zerstörende Bolschewismus“ darstellt. Man merkt die Absicht, und — man kennt die Wurzel des Geschwäges: Antibolschewismus! Hugenbergs famose Theorie wird aber gleichzeitig auch geboren aus der Erkenntnis des Bankrottes auch der Ideologen der bürgerlichen Gesellschaft. Er gibt zu, daß „Zerlegung und Friedlosigkeit die Welt ergriffen hat, wenn er aber dann kommt und sagt, daß das in erster Linie „auf dem Verflachen der Gemeinschaftsbegriffe beruht“, dann ist das eine unverfessene Verdrängung durch den Vertreter gerade jener Klasse, die ihre egoistischen kapitalistischen Prinzipien immer über den Hunger und das Elend der großen „menschlichen Gemeinschaft“ gestellt hat und stellt.

Er wendet sich dann auch gegen die Theorie des Klassenkampfes und verlangt eine „organisch aufgebaute Wirtschaft... aus Berufsständen“. Neben einander sollen verschiedene Gemeinschaften bestehen. Also der jetzige Zustand der Ausbeuteten und der Ausbeuter soll verewigt bleiben. Und über diesen gegensätzlichen Interessengruppen soll „als Schiedsrichter“ der nichtwirtschaftliche, sondern richtende und ordnende Staat“ gesetzt sein. Hier wird es offensichtlich, daß Hugenbergs neue Theorie nur eine Fülle neuer, auf Massenirreführung berechneter Worte für den a l t e r s j a h r e n, jetzt noch bestehenden Klassenstaat ist.

Der politische Sinn der deutschen Arbeiterklasse ist jedoch so weit entwickelt, daß sie das erkennen und darum das Hugenbergsche Gift von sich weisen wird. Hugenberg wird es nicht gelingen, mit diesen Wätschen die fortschreitende Zerlegung und den Verfall der kapitalistischen Gesellschaft aufzuhalten. Er hat ihr vielmehr durch seine „neuen Theorien“ nur ein neues Zeugnis ihres Bankrottes ausgestellt.

Eine vierwöchige Kriegsausübungsfahrt nach Nordspanien unternimmt die Eminemüber 2. Torpedoboot-Halbflottille. Die Kosten tragen die brniten Massen der Steuerzahler.

leuchteten an der Spitze der Marschierenden: Die Fahnen der Partei, des Jugendverbandes, der Sportorganisationen und der Roten Hilfe. Hinter ihnen fuhr die Familie unseres tapferen Genossen. Eine Mutter, der man den Ermörder ermordet, der man den einzigen Sohn feige von hinten erschossen, den Schwerverletzten auf die Wache schleift und hier grausam mißhandelt hat. Polizeistiefel traten den Stöhnenden in den Leib, zerbrachen ihm zwei Rippen und bewirkten, daß der Bedauernswerte die letzten qualvollen Tage keinen Bissen mehr essen konnte. Nicht genug damit, benachrichtigte die Soldateska die Mutter nicht, daß der Sohn im Sterben lag und sie noch einmal sehen wollte, sondern rief sie erst, als er bereits auf der Bahre lag.

Am Grabe sprachen Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes und der nicht zu verhehlenden Roten Jugendfront, wichtige Worte. Die ermordeten Genossen Metzger, Neumann, Karlowki, Frischmann, Dyba waren den Tausenden Arbeitern gegenwärtig. Ein Berg von Kränzen wurde niedergelegt. Dann donnerte der Kampfruf des kämpfenden deutschen Proletariats: „Rot Front!“ über den stillen Friedhof.

Tausende Arbeiter marschierten zurück in die Stadt. „Es kommt der Tag, da wir uns rächen...!“ Genosse Zahnte, wir werden Dich nicht vergessen, bei dem nicht in den Tagen der großen Abrechnung!

Die Sowjetgebiete in West-Kiangsi

Von Ke-Dien

Die Geschichte der Kämpfe

Nach dem Nantchinger Aufstand am 1. August 1927 haben die revolutionären Bauern in Tse-an in der Provinz Kiangsi ihre revolutionären Kämpfe mit aller Aktivität fortgesetzt. Mit bewaffneter Gewalt bekämpften sie die herrschende Reaktion. Aber damals waren sie noch verhältnismäßig schwach; und ihre Aktionen kamen zeitweise zum Stillstand.

Als der Aufstand im Kreis Wan-ngan dem Aufstand in Kanton folgte, wurde die revolutionäre Bewegung in Tse-an wieder stärker. Die einzelnen bewaffneten Bauern und die meuternde 8. Division der Regierungstruppen schlossen sich zum 7., 8., 9. Korps der roten Arbeiter- und Bauernarmee zusammen. Bereits im Juni 1928 war diese rote Armee bedeutend gewachsen und hatte ihren politischen Einfluß wesentlich verstärkt. In dieser Zeit hatten die Bauernverbände in den roten Gebieten die Führung in Händen. Erst im Juli 1929 bildeten die revolutionären Arbeiter und Bauern in zwei Kreisen, Dong-gu und Tse-fu, Kräfte. Es gelang, die Machtbereiche zu vergrößern und auf die Kreise Tse-fu, Tschah, Chin-lo, Cha-kiang, Chin-gul, Lin-du, Yun-fu usw. auszudehnen. Im ganzen wurde in zehn Kreisen die Rätemacht errichtet. Jetzt verbreitet sich die Sowjetmacht über ganz West-Kiangsi.

Die Agrarfrage der Sowjetgebiete

In manchen Kreisen wurde schon August vorigen Jahres der Grund und Boden folgendermaßen aufgeteilt: Eine Agrarkommission hatte den Boden nach Flächeninhalt und Ertragsfähigkeit berechnet, die Bevölkerungszahl genau festgestellt, den Sowjetbürgern ohne Unterschied des Geschlechts von drei Jahren an als Personeneinheit festgelegt und danach den Boden aufgeteilt. Über das Besitztum an Grund und Boden verbleibt den Sowjets. Der Boden, auf dem Tee, Despfflanzen, Bambus und Wald angebaut ist, wurde kommunalisiert und unter die Regie der Sowjets gestellt. Die Bauern werden in jedem Jahr einmal verpflichtet, sich ohne Entschädigung an den Aufforstungsarbeiten in den Wäldern zu beteiligen. Die Ernte der Sowjetgüter wird zu niedrigen Preisen an die Bevölkerung zur Deckung des notwendigen Bedarfs abgegeben.

Den Waisenkindern, den Witwen und den Angehörigen der Roten Armee wird kein Boden zugewiesen, ihre Versorgung übernimmt die Sowjetregierung. Witwen unter dreißig Jahren sollen nach Möglichkeit wieder heiraten, Witwen über fünfzig Jahren wird Gelegenheit gegeben, ein leichtes Handwerk zu erlernen.

Die Massenorganisationen und die bewaffneten Kräfte

In den Sowjetgebieten sind die Arbeiter und Bauernverbände bestrebt, ständig ihre Macht zu vergrößern. Außer den alten und invaliden Bauern und den reichen Bauern sind fast alle Bauern organisiert. Die männlichen Mitglieder der Bauernverbände über 21 und unter 40 Jahren werden in die rote Bauernwehr eingereiht. Die Bauern unter 21 und über 15 Jahren werden in der Jungen Garde organisiert. Die roten Bauernwehren werden nach Gebiets-einheiten eingeteilt, jede Einheit ist ein Korps. Um die besser bewaffneten Kräfte zu konzentrieren, wurden diese in einem besonderen Korps zusammengefaßt, im Korps der modernen Bewaffneten.

Die Wirtschaft in den Sowjetgebieten

Es ist natürlich unvermeidlich, daß in diesen Gebieten die wirtschaftliche Lage sehr schwierig ist. Aber auch auf diesem Gebiet ist trotz der Aufgabe, die Machtgebiete nach außen zu erweitern, ein überlegter Plan gemacht worden, der auch langfristig zur Durchführung kommt, wodurch sich die wirtschaftliche Lage bessert.



Copyright by Ugl-Berlag, Wien-Vienna.

52. Fortsetzung

Berg ist einen Napf nach dem andern, geht dann hinaus und kommt freudebleich wieder herein. Sein Magen behält nichts mehr; aber Berg ist hartnäckig, greift sich einen neuen Napf voll, — er hat vorgesorgt — und ist wie ein Bergweidler. Der Posten erwischt ihn, als er einmal in den Unterstand sieht, wie er zitternd löffelt.

„Daß auf Berg auf, der ist schon total verrückt“, sagt er zu mir, als ich ihn ablöse. „Der muß weg, aber schleunigst. Ich habe ihn ins Bett geschickt.“

Schon nach der ersten Runde geht die Tür des Unterstandes, in dem Berg schläft, von neuem auf. Er sucht zur Latrine zu kommen, wankt aber, tritt auf sein langes Nachthemd, das auch aus seinem ausgegrabenen Wäschelohr stammt, und fällt hin. Als er mich kommen sieht, bettelt er: „Berrat mich nicht, Bekohlt, es ist nichts, ich muß nur brechen, mir ist so schlecht.“ Dann versucht er wieder hinauszukommen, fällt aber mit den Händen gegen die Tür. So, mit dem Gesicht an die Tür gelehnt, bricht er wieder, alles aus.

Ich bringe ihn hinein, dede ihm noch ein paar Decken über und sage: „Berg, mach keinen Quatsch. In der Kälte hinauslaufen, kann dein Tod sein. Morgen früh meldest du dich krank, sonst muß ich dich krank melden, und ich das Graupenfressen sein, willst dich wohl mit Gewalt kaputt machen?“

Berg kriecht stöhnend in sein Bett, kommt auch nicht mehr zum Vorschein, meldet sich auch nicht, als ich den Rest des Graupenpudrings nehme und draußen in die Latrine kippe. Als ich ihn frage, ob er etwas braucht, bevor ich mich hinlege, sagt er: „Nein, mir fehlt jetzt gar nichts mehr, nur ein bißchen Schwach, Erkältung!“

Aus dem Lande des sozialistischen Aufbaus:

Wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften

Rückgang der Arbeitslosigkeit um 36 Prozent — 320 000 Neubeschäftigte in der Industrie der Sowjetunion

Moskau, 12. Mai. Im Laufe des letzten Jahres ist die Zahl der Arbeitslosen in der Sowjetunion um 38 Prozent, in verschiedenen Industriezweigen sogar um 46 Prozent zurückgegangen.

Im letzten Jahre ist in allen dem Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion unterstellten Industrieunternehmen die Zahl der Arbeiter um 320 000 gestiegen, während die Zunahme in der ganzen Volkswirtschaft 1,5 Millionen beträgt.

Angesichts der wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften ist nunmehr der Gedanke angeregt worden, den Kreis der Personen, die auf den Arbeitsnachweisen registriert werden, erheblich zu erweitern. Es ist diesbezüglich ein Projekt ausgearbeitet worden, das jetzt der Sowjetregierung unterbreitet wird. Nach diesem Projekt sollen von den Arbeitsnachweisen z. B. Hausgewerbetreibende, die ihr Gewerbe ausgeben haben, Frauen, die ihre berufliche Tätigkeit aus Familienrückständen eingestellt haben usw. als Arbeitsuchende registriert werden.

Die Redaktion des „Rude Prawo“ in Haft

Prag, 12. Mai. Seit Sonnabend befinden sich beim Strafgericht Prag nicht weniger als vier Redakteure des kommunistischen „Rude Prawo“ in Haft. Zur Last gelegt werden ihnen teils Übertretung des Pressegesetzes, teils Schutzgesetzverbrechen.

Die von den tschechischen Behörden verfolgte Absicht, durch Verhaftung des halben Redaktionsstabes das Erscheinen der Zeitung zu gefährden, wird an der Aktivität der Arbeitermassen scheitern.

Aufmarsch englischer Arbeiter für die indische Revolution

London, 12. Mai. Gestern fand in London auf dem Trafalgar Square eine wichtige Kundgebung revolutionärer Arbeiter statt, die ihre Solidarität mit den kämpfenden indischen Massen zum Ausdruck brachten. Die Kundgebung, an der mehr als 1500 Arbeiter teilnahmen, verlief unter den

Die Einzelheiten der Durchführung sind folgende: 1. Von dem Ueberfluß der Ernten der Bauern wird nach Abzug des Eigenbedarfs eine Progressivsteuer erhoben. 2. Tee, Del, Papier und Bambus wird von den Sowjets selbst produziert und verkauft. 3. Die Mitglieder der roten Bauernwehr haben ihr Geld als Grundkapital für eine Wirtschaftsbank herzugeben. 4. Die Ausfuhr von Reis ist verboten. 5. Die Handwerker sind gering besteuert, die Kaufleute dagegen progressiv besteuert. 6. Die Eisenwerke und die Porzellanmanufaktur werden ausgebaut. 7. Die Produktion wird auf den nötigen Bedarf erhöht. 8. Die Ausgaben für die Regierung und ihre Beamten werden eingeschränkt, die Beamten erhalten außer Verpflegung nur ein monatliches Taschengeld von zwei Dollar. Die Arbeitskräfte in den Institutionen werden beschränkt.

Die Wahl der Sowjets

Alle Sowjetbürger über 16 Jahre, außer den reichen Bauern, sind wahlberechtigt. In den Gemeinden entfallen auf je 50 Bauern ein Vertreter und auf je 10 Arbeiter ein Vertreter, jede Fabrik hat einen besonderen Vertreter.

Die Gemeindevorstände sind aus sieben Mitgliedern zusammengesetzt. In den Bezirksowjets sitzen von je 100 Bauern und von je 20 Arbeitern ein Ver-

treter, dazu die Vertreter aus den Betrieben. Die Bezirksowjets zählen 13 Mitglieder. Sie teilen sich in militärische, Finanz-, Kultur- und Wohlfahrtskommissionen, außerdem gliedern sich Volksgerichte und Agrarkomitees an.

Niederlage Tschangtaischets?

London, 12. Mai. Der Korrespondent der „Times“ in Peking meldet: Das militärische Hauptquartier des Generals Tschangtaischet hat einen Kriegsbericht veröffentlicht, worin behauptet wird, daß die Streitkräfte der Nanking-Regierung westlich von Hsutschang (am Knotenpunkt der Eisenbahnlinie Tientsin-Pulau und der Lunghai-Eisenbahn) eine schwere Niederlage erlitten haben. Eine Division der Nanking-Truppen sei vernichtet worden.

Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder.

Neue Zuchthausurteile in Litauen

Kowno, 12. Mai. In den letzten Tagen fanden wiederum mehrere Kommunistenprozesse vor den litauischen Kriegsgerichten statt. Das Kriegsgericht in Kowno verurteilte sieben Kommunisten zu vier bis acht Jahren Zuchthaus. Weitere fünf Kommunisten wurden zu 12 bis 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zahlreiche kommunistische Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen wurden im Konzentrationslager Wornic interniert.

Die sowjetrussisch-norwegische Bergarbeiterkonferenz in Leningrad ist zum Abschluß gelangt. Die Konferenz hat die Berichte über die Lage der Bergarbeiter in der Sowjetunion und in Norwegen entgegengenommen und Kampfbeschlüsse gefaßt.

In Leningrad wird in Kürze ein geologisches Museum eröffnet werden, das den Arbeitern ein Bild der Bodenschätze der Sowjetunion geben will.

Die Kampf Stimmung der Massen

Nach der Verteilung des Grund und Bodens haben die Klassenkämpfe in den Sowjetgebieten einen anderen Charakter angenommen. Über die Kämpfe um die Ausdehnung der Machtgebiete nehmen zu. Als neulich die Parole zur Eroberung der Stadt Tse-an ausgegeben wurde, zeigten die Massen eine begeisterte Stimmung. Die neun Korps der roten Bauernwehr in diesen Gebieten, jedes Korps zählt über 5000 Mann, sind mobilisiert worden, sie haben über einen Monat lang den Verkehr auf dem Fluß San-ho gesperrt. Sie sind mit den Regierungstruppen viermal ins Gefecht gekommen.

Die Bauern von beiden Seiten des Flusses haben fliegende Brücken gebaut, mit ihren Booten die verwundeten Soldaten der roten Bauernwehr geborgen und den Kampf der roten Bauernwehr unterstützt. In manchen Gegenden, wo der Zustand begann, hat man die Grundbesitzer erschossen, die Pachverträge verbrannt und selbst den Grund und Boden verteilt. Überall kämpfen die Jugendlichen beiderlei Geschlechts mit großer Aufopferung für die Sowjets.

Er wartet aber nur darauf, bis ich einschlafe. Als er glaubt, daß er nicht mehr beobachtet wird, kriecht er heraus an sein Spind und greift sich eine Konjervenbüchse voll „Budding“, die er dort noch verstaubt hatte. Als ich die Taschenlampe anknüpfe, versucht er seinen Schatz schnell auf den Schmel vor den Tisch zu bringen, damit ich nichts sehen soll, aber die Büchse fällt ihm aus den Fingern, er sinkt erschöpft in seinen Budding hinein und stiert mich mit irden Augen an.

„Berg, mach keine Dummenheiten!“ Was soll ich weiter sagen zu einem Schwerverkranken, den die Ruhr um den Urlaub bringt und der nun vor Eiferjucht verrückt zu werden droht. Er gehorcht wie ein ertapptes Kind und tappelt stumm wieder in sein Bett.

Morgens tritt Berg mit an. Er ist weiß wie Mehl, kann sich kaum auf den Beinen halten, läßt schon Blut. Der Unteroffizier meldet ihn krank, aber Berg will nichts davon wissen. Zwei Mann bringen ihn auf einen Wagen, er muß sofort weg. „Meine Sachen!“ lallt er noch, „meine Sachen!“ Man packt sie ihm auf den Wagen, auch seine Bricttasche und seine Uhr, und fährt mit ihm los. Zwei Tage später war er tot.

★

Viele, sehr viele erwischt die Ruhr. Sehr viele kommen nicht wieder, sterben einen unruhlichen Heldentod. Die Alten, die von Anfang an hier sind, sind nur ein kleines Häufchen, und der neue Ertrag „bewährt“ sich noch schlechter. Oft schon genügt das Gift der Riesenmüdenschwärme, die im Frühling die Sümpfe bevölkern und die Menschen anfallen. Die Gesichter schwellen an, als hätten sie alle „Ziegenpeter“. Bei einigen produziert der eigene Körper die Gegenkräfte, die den Körper immun machen. Viele jedoch werden sofort krank und verschwinden wieder. Die physisch geschwächten Körper fallen dem Klima zum Opfer. Sie werden auf „humanere“ Art als im Westen um die Erde gebracht.

Ich sahre als einer der letzten von den „alten Leuten“. Gustav ist bereits vom Urlaub zurückgekommen; er hat Sophie besucht und sagt: „Es geht bös her in Deutschland, Hans, nimm mit, wat du an Brot erwischen deist, in Deutschland, hauptsächlich in der Stadt, verhungert die Lüt einfach. Of Sophie sieht nich gaut ut. 'n beten heb ik ihr ja doaloten, aber dat langt nich wit. 'n beten Geld hät sie mir mitgeben, für Fettigkeiten, und sie freut sich so up di.“

Wieviel kann ein Soldat nun schleppen? Er hat Tornister, Karabiner, Gasmaste, Helm, Seitengewehr, Mantel, hat mit allem Drum und Dran schon an sich zu schleppen. Ich lasse, was irgend möglich ist zurück und vertaue die fünf Pfund Butter, den Speck, den Käse, alles, was Gustav beim Empfang aus der Kantine besorgte. Gustav kommt mit zur Kleinbahn; er trägt mit dem Sack mit dem Brot; siebzehn kleine Kommissbrote sind darin. Dort wirft er mir den Sack auf die offene Lore und sagt: „Komm got hen, Hans! Laßt euch dat got schmeden.“

Die Kleinbahn torkelt los. Gustav winkt noch mit seiner verschrumpten Fahrermütze wie ein alter Bauer und stampft dann davon, langsam, gebeugt geht er den Berg zurück, gar nicht wie ein Soldat.

Ich stehe müde, abgespannt neben meinem Sack auf dem offenen Wagen. Wer schläft wohl die Nacht vor der Fahrt auf Urlaub? Ein kalter Regenschauer nach dem andern geht nieder. Ich breite meine Zeltbahn über meinen Brotsack, lege mich darauf und denke: „Jede Stunde bring dich jetzt der Heimat näher; in zwei Tagen bist du da. Was innerhalb der zwei Tage ist, muß ertragen werden; Hauptsache, du kommst — wenn auch halbtot — hin.“

In Swatajawolfa muß ich auf eine andere Kleinbahn umsteigen. Ich nehme meinen Brotsack auf die Schultern und laufe im Trab über die Geleise. Die Bahn wartet auf die Urlauber, aber nur, bis der letzte an irgendeinem Wagen hängt. Aufspringen müssen sie im Frühen. Ich muß also, da ich erst meinen Sack hinaufbuggieren muß, so viel schneller laufen als die andern, und bin, als ich glücklich auf dem Wagen sitze, dem Umfallen nahe. Aber ich habe meinen Sack gerettet — und jahre! In Zwakewiki muß ich den Fernzug abwarten. Ich liege in jenem Schuppen, den ich von meiner Fahrt nach Warschau her kenne. Ich weiß, daß fünf Minuten Schlaf genügen, um mir meinen Sack mit dem Brot zu klauen. Ich werde mich schwer hüten!

So liege ich, den Sack neben mir wie eine Meiste, und warte die Stunden der Nacht ab. Ich weiß nicht, wie ich in die Bahn kommen werde.

Ich sehe aber, wie sie schon um vier Uhr morgens — eine Stunde vor Eintreffen des Zuges — antreten, und schlepe meinen Sack ebenfalls rechtzeitig an die Bahn. Ich habe so eine geschlagene Stunde Zeit zu überlegen, wie ich meinen Sack elegant in ein Kupee buggere. Hoffentlich komme ich nicht gerade zwischen zwei Wagen zu stehen?

(Fortsetzung folgt)

Rund um den Erdball

Internationale „Mädchenhändler UG.“ aufgehoben

Ihre Spezialität: Polnische und russische Mädchen — Bisher 2500 „Stück“ verkauft — Argentinische Polizei jahrelang untätig

New York, 12. Mai. In Buenos Aires, dem berühmtesten Zentrum des internationalen Mädchenhandels, ist man einem weitverzweigten Mädchenhändlerring, der unter dem Deckmantel einer Wohltätigkeitsanstalt arbeitete, auf die Spur gekommen. Bisher sind nicht weniger als 400 Haftbefehle erlassen.

Diese gemeingefährliche Gesellschaft verkaufte als „Spezialität“ hauptsächlich polnische und russische Mädchen. Der Preis für diese „weiße Ware“ schwankte zwischen 10 000 und 20 000 M. a. v. Insgesamt sollen diese Menschenhändler bisher in Argentinien 2500 Mädchen verkauft haben. Wie ungehindert diese Bande sich fühlte, geht daraus hervor, daß sie täglich die Preise, die für Mädchen gefordert wurden,

höfentlich auf einer großen Tafel verzeichneten.

Die Mehrzahl der von diesen Mädchenhändlern verschleppten bedauernswerten Opfer stammten aus Polen und Deutschland. Die Mitglieder der nunmehr endlich aufgehobenen

„Mädchenhändler-UG.“ verblieben im Monat nie unter 2500 M. a. v.

Ob die berühmte Frau Schmeling, deren wußt „Tanggelo“, wie erinnerlich, ebenfalls nach den Südstaaten verschleppt wurden, mit diesem Mädchenhändlerring in Verbindung steht, ist noch nicht bekannt. Bisher steht nur fest, daß diese weitverzweigte Mädchenhändlerbande nur darum in aller Öffentlichkeit ihr verwerfliches Treiben mit der Entschuldigung, die Polizei jahrelang dieses Handwerk ausüben konnte, da „keine geeignete Handhabe“ zu besitzen, schamlos ausübte.

Wenn nunmehr die argentinische Regierung glaubt, durch die Aufforderung an die europäischen Regierungen, die Überwachung der Hafenausgänge zu verschärfen, ihr Schuldkonto mindern zu können, so wird sie dadurch keinen Arbeiter überzeugen können, daß es ihr sowie den anderen kapitalistischen Regierungen ernst ist mit der Bekämpfung dieses schmachvollen und weißen Sklavenhandels. Erst wenn es keine Ausbeuter und weißen Sklavenhandels mehr gibt, wird diese zur kapitalistischen Ordnung gehörende „weiße Schmach“ wirklich aus der Welt geschafft werden.

England rüstet für den Gaskrieg



In Chilhurst, in der englischen Grafschaft Kent, hat man umfangreiche Schutzmaßnahmen für den kommenden imperialistischen Krieg getroffen. Unter der Stadt ziehen sich riesige Kellergewölbe hin, die man jetzt als Massenunterstände ausgestattet und mit Sanitätsstationen ausgestattet hat. Auch eine Küche ist vorhanden, die die Bewohner, die sich während eines Gasangriffs in die Keller flüchten, versorgen soll, bis die Gefahr vorüber ist. Unser Bild zeigt Sanitätärinnen bei Übungen in den Kellergewölben.

Rennauto rast in Zuschauermenge



Auf der Brooklandsbahn in London ereignete sich bei einem Automobilrennen ein furchtbares Unglück. Zwei auf gleicher Höhe über die Bahn sausende Rennwagen stießen plötzlich zusammen. Während der eine Wagen sich überschlug, raste der zweite etwa zwanzig Meter weit in die Zuschauerermenge hinein. Zwei Personen wurden getötet, fünfzehn zum Teil schwer verletzt. Unser Bild zeigt den umgestürzten Rennwagen einige Minuten nach dem Unglück. Sanitätär bemühen sich um die Verwundeten.

Immer wieder Explosionen von „Kriegsandenken“

1 Toter, 2 Schwerverletzte

Frankfurt a. Main, 12. Mai. Am Sonntag vormittag hantierte der Gärtner Schwab in seiner Werkstatt an einem Zünder, den er aus dem Kriege als „Andenken“ mitgebracht hatte. Der Zünder explodierte und rief Schwab in Stücke. Seine in der Werkstatt anwesende Frau und der 21jährige Sohn wurden schwer verletzt. Wann endlich verschwindet dieser gefährliche Dreck, genannt „Kriegsandenken“, aus den Wohnungen der Arbeiter?

Auto in die Elbe gestürzt

In den frühen Morgenstunden des Sonntags ereignete sich in Magdeburg auf der Herzentrug-Holzbrücke, die über die alte Elbe führt, ein schweres Autounglück. Ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen durchdrang in voller Fahrt das Brückengeländer und stürzte in den Fluß. Der Chauffeur und die beiden Insassen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft.

Mädchenleiche im Postpaket

In einem Vorortbahnhof von Paris entdeckte ein Postbeamter in einem Postkoffel, das keinerlei Adresse trug, beim Öffnen die schon in Verwesung übergegangene Leiche eines kleinen Mädchens. Die Untersuchung des rätselhaften Todesfalles war bisher ergebnislos.

Mit der Eisenbahnbude in die Luft geschleudert

Am Sonnabend nachmittag wurde bei einem über Frankfurt a. Main niederziehenden Unwetter eine Wellblechbude auf dem Frankfurter Rangierbahnhof von einem Wirbelsturm erfasst. Zwei Eisenbahnarbeiter, die darin Schutz gesucht hatten, wurden mit in die Luft geschleudert und schwer verletzt.

Polnische Textilfabrik niedergebrannt

Die Textilfabrik der Firma H. B. Litwin in Lodz wurde gestern durch ein Großfeuer vollständig eingeeäschert.

„Das Kind muß weg und wenn es der Teufel holt!“

Großbauer verführt und mißhandelt 15jährige Dienstmagd

Das Schwurgericht Neuburg a. D. in Schwaben verurteilte in einer seiner letzten Sitzungen den Landwirt Did, einen angesehenen Großbauern und Gemeinderatsmitglied eines Dorfes in der Nähe von Neuburg wegen Anstiftung zur verübten Abtreibung, sowie wegen Verbrechens des Totschlages zu 4 Jahren 7 Wochen Gefängnis. Die gleichfalls mit ihm angeklagte Dienstmagd, Stimpel, die nur als ein bedauernswertes Opfer ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit des Angeklagten Did zu betrachten ist, erhielt von den Klaffenrichtern die empörende Strafe von 8 Monaten Zuchthaus.

Diese an dramatischen Zwischenfällen überreiche Verhandlung zeigte mit einer bisher noch nicht dagewesenen Eindringlichkeit das elende Elendwesen junger Landarbeitermädchen. Die Angeklagte Stimpel, die als 15jährige Dienstmagd bei dem Landwirt Did in Stellung getreten war, wurde, kaum daß sie in seinem Hause warm geworden war, von ihm zu sexuellen Dingen mißbraucht. Im Februar 1929 fühlte sich das junge Mädchen in „guter Hoffnung“. Als sie Did davon Mitteilung machte, schimpfte er auf sie ein, raste wie ein Irrenniger herum und verschwor sich,

„daß das Kind weg müsse, und wenn es der Teufel holen sollte!“

Nun begann für das junge Mädchen eine geradezu grauenhafte Leidenszeit. Zunächst veranlaßte Did einen gewissen Meißinger, der bereits abgeurteilt ist, in einem Walde Abtreibungsversuche vorzunehmen. Da diese jedoch erfolglos blieben, versuchte Did selbst in der rohesten Weise seine „ärztliche Kunst“. Er machte mehrere Einprägungen, und als das Mädchen sich dagegen sträubte, mißhandelte er es auf das Brutalste. Da jedoch alles fehlgeschlug, ging dieser brutale Kulak sogar

so weit, daß er das schwangere Mädchen vor den Bauch stieß und sich ihr auf den Leib setzte, wobei er in zynischer Weise äußerte:

„Ich zerdrück Dir das Kind, es kommt nicht lebend heraus.“

Aber auch mit diesen beispiellos rohen Gewalttaten hatte der entmenschte Großbauer nicht den gewünschten Erfolg. Am 3. Oktober 1929 gab das Mädchen einem kräftigen Knaben das Leben. Nun gab Did der jungen Mutter, die vollständig unter seinem Einfluß stand, diktatorische Verhaltensmaßregeln für einen unauffälligen Kindesmord. Aus grenzenloser Furcht vor weiteren Mißhandlungen brückte die vollkommen Verschüchterte schließlich ihrem neugeborenen Kinde die Kehle zu und verstickte den kleinen Leichnam im Gehöft. Dann mußte sie nach einigen Stunden Ruhe sofort wieder in der Landwirtschaft schwerste Arbeit verrichten.

Als später die Gendarmerie Mitteilung von dem Martyrium des gequälten Dienstmädchens erhielt, und Ermittlungen einsetzten,

grub Did die Kindesleiche wieder aus und verscharrte sie an einer anderen Stelle im Walde.

Trotzdem gelang es, das grauenhafte Verbrechen in allen seinen Einzelheiten aufzudecken.

Dieser Vorfall zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wie gerade jene, die am meisten gegen die Abschaffung des § 218 die, jene frommen Eittlichkeitskämpfer, nicht vor den niederträchtigsten Mitteln zurückzucken, wenn es um die Geheimhaltung ihres Verbrechens geht. Weil der Schandparagraph 218 die von gequälten Ärzten vorzunehmende Abtreibung verbietet, deshalb mußte dieses blutjunge Proletariatsmädchen monatelang Mißhandlungen, schwerste Gefährdung der Gesundheit, Brutalitäten und sadistische Grausamkeiten erdulden. Und um das Maß vollzumachen, findet sich dann noch ein deutsches Klaffengericht, das dieses Mädchen, das offenkundig unter Zwang gehandelt hat, ins Gefängnis wirft. In Sowjetrußland hätte das proletarische Gericht diesen rohen Kulaken kurzerhand an die Wand gestellt und erschossen. Eine mildere Strafe wäre für diese Bestie nicht angebracht.

Neue Schwierigkeiten im eroffenen Kalibergwerk

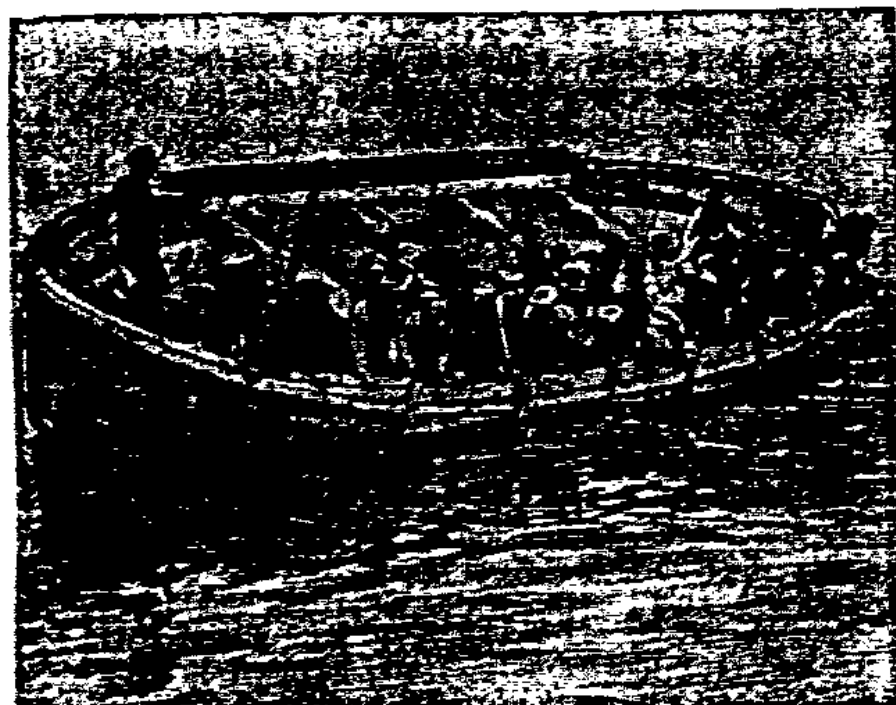
Profitgier hebt 150 Arbeiter in Gefahren

Stenenburg, 12. Mai. Trotzdem der Wasserstand in den eroffenen Kalibergwerken seit Sonntag um 15 Meter gestiegen ist, erhielt am Montag morgen ein Teil der Belegschaft Order, wieder einzufahren.

Statt zunächst einmal die notwendigen Sicherungsmaßnahmen in aller Gründlichkeit ausführen zu lassen, soll sobald wie eben möglich mit der Förderung begonnen werden. Die Zahl der zunächst bei den Sicherheitsmaßnahmen beschäftigten Arbeiter soll rund 150 betragen. Wie jetzt vollkommen feststeht, ist die Ursache der Katastrophe der unterirdische Einbruch der Elbe, die jetzt völlig verfestigt ist. Man wird also in allererster Linie versuchen müssen, dieses Herzstückchen in der Gegend von Stenenburg umzuleiten, um ihm eine neue Einlaufmündung in die Oker zu verschaffen.

Die gewaltigen Erdstöße und Kraterbildungen bei Stenenburg waren am gestrigen Sonntag das Ziel vieler Tausende, die von nah und fern herbeigeeilt waren, um die riesigen Zerstörungen zu besichtigen.

Rettungsboote, die nicht kentern können



Um die Sicherheit im Schiffsverkehr zu heben, wird ständig an der Verbesserung der Rettungsmöglichkeiten gearbeitet. So befinden sich jetzt auf dem Lloyd-Dampfer „Bremen“ Rettungsboote, die selbst durch die größte einseitige Belastung nicht kentern können. Unser Bild zeigt solch eine Probe, bei der 40 Personen ohne Erfolg versuchen, das Boot zum Umkippen zu bringen. Sollte es aber einmal trotzdem umschlagen, so richtet es sich selbst wieder auf.

Breslau

Vorsicht, die Polizei spioniert!

In den letzten Tagen haben eine große Anzahl Breslauer Arbeiter polizeiliche Vorladungen erhalten. Im Präsidium versucht man, aus ihnen Aussagen über den NSD, die Berufsarbeit usw. herauszulocken. Wir ersuchen alle Genossen und Sympathisierenden, die solche Vorladungen erhalten, unbedingt darauf zu bestehen, dass sie diese Vorladung Folge leisten, nach dem Parteisekretariat, Oberstraße 23, zu kommen. Dasselbe müssen sie nach ihrer Vernehmung tun. Genossen, Arbeiter! Man will euch in Fallen locken. Seid vorsichtig!

Wieder ein betrügerischer Rechtsanwalt

Gestern, Montag, um 16.30 Uhr wurde Rechtsanwalt Dr. Kurt Krause in seiner Wohnung Wundenstraße 6, wo er auch sein Büro hatte, von der Kriminalpolizei festgenommen. Krause hat sich der Untreue und der Unterschlagung ihm anvertrauter Gelder zum Schaden des Reichsflüss, ferner eines hiesigen Bauleiters und der Unterbrechung eines Breslauer Ofenschmelzwerks schuldig gemacht. Krause ist nach seiner Vernehmung durch die Kriminalpolizei, in der er die Unterschlagungen nicht abstreiten konnte, in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Die Betrügereien Krauses stehen, wie erst die dieser Tage erfolgte Verhaftung des ebenfalls betrügerischen Rechtsanwalts Kallisi beweisen, nicht vereinzelt da.

Schwere Verkehrsunfälle

Am Montag fuhr der Wäcker Walter Liepe aus der Dilo-Que-Straße mit einem Personkraftwagen die Klosterstraße entlang und stieß an der Königgräber Straße mit einem Bierwagen der Brauerei Josef Bach zusammen. Der Führer des Autos mußte mit einer Gehirnerschütterung und schweren Brustquetschungen in das Heilbrunn-Krankenhaus gebracht werden. Die Mitfahrerin des Liepe erlitt erhebliche Hautabschürfungen.

Der Goldarbeiter Mah aus der Kupfereschmiedestraße besah mit seinem Fahrrad die Friedrich-Wilhelm-Straße und wollte einen Postomnibus überholen, geriet aber mit seinem Fahrrad in die Straßenbahnspuren und kam zu Fall. Der Omnibusführer konnte trotz scharfen Bremsens nicht verhindern, daß er den Mah anfuhr. Mit schweren Quetschungen an der linken Körperseite und Verletzungen im Gesicht wurde er in das Miltzeihen-Hospital eingeliefert.

Am Sonntag wurde auf der Chaussee zwischen Märgdorf und Stephanshain, Kreis Schweidnitz, der Radfahrer Sattler Erich Benzel, Breslau, Victoriastraße 40 wohnhaft, von dem Personkraftwagen des Dr. M. in Breslau, Schweidnitzer Stadtgraben wohnhaft, umgefahren und schwer verletzt.

Generalversammlung der Internationalen Arbeiterhilfe Mittwoch 20 Uhr im „Garten Eden“, Oberstraße 23 (unteres Zimmer). Jedes NSD-Mitglied ist verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen.

Alle Arbeiterkassen kommen zwecks Besprechung der Elternbetriebswahlen Dienstag, 10 Uhr, nach dem Parteisekretariat, Oberstraße 23.

Meiße kneift weiter vor der „Arbeiter-Zeitung“

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Einem schweren Kampf führt die gesamte Breslauer Ortsverwaltung des Baugewerksbundes, insbesondere ihr erster Vorsitzender Hermann Meise, um sich gegen den Willen der Mehrheit der Mitglieder auf den gutbezahlten Posten zu halten. Eine Blamage nach der anderen bereiten die Mitglieder den „Meissen“ in den vor Kurzem stattgefundenen sehr stürmisch verlaufenen Mitgliederversammlungen verschiedener Fachgruppen dieser Organisation. Trotzdem Meise und Knäut mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen ansetzen,

fägen die Bauhilfsarbeiter sämtliche Vertreter, die entgegen dem einstimmigen Beschlusse dieser Fachgruppe in diesem Jahre den Meise wieder wählten, ab.

Nicht einmal die privilegierten Vertreter der Bauhütte, die Heberich, Himmlersbach und Hermann Vogt kamen als Vertreter durch. Hohnvoll gegenüber den verdrängten Meise, Knäut u. Co., die auch nicht einen der von ihnen zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten als Vertreter durchwählten! Auch im weiteren Verlauf der Versammlung hatten die Bauhilfsarbeiter für ihren „ersten Vorsitzenden“ Meise nur Hohn und Spott übrig, als dieser sie auf die „süße Tour“ nehmen wollte, indem er ihnen über ihr eifriges Lesen der „Arbeiter-Zeitung“, und weil sie den in dieser Zeitung gegen ihn fortwährend gerichteten Beschuldigungen Glauben schenken, Worte machte. Fast noch kühmlicher als in der vorjährigen Wilhelmshäger Versammlung stiegen die Bogen der Empörung und Verachtung gegen Meise, als dieser trotz des immer wiederkehrenden Verlangens aller seiner Mitglieder unter Hohn und Pfeifen sich noch wie vor melgere, der „Arbeiter-Zeitung“ durch eine Privatklage Gelegenheit zu geben, durch Führung des Wahrheitsbeweises den Meise vollends bloßzustellen. Somit dürften alle Mitglieder des Bereiches der Breslauer Ortsverwaltung und auch eine Anzahl darüber hinaus im Bilde sein,

daß die Angriffe gegen Meise seitens der „Arbeiter-Zeitung“ auf Wahrheit beruhen.

Er mußte zugeben, daß selbst in den Kreisen der christlichen Gewerkschaftler und der Unternehmer man bei Lohn- und sonstigen Verhandlungen vor Meise keinen Respekt mehr habe, und er werde hinsichtlich der Artikel dort oft „durch den Kasko gezogen“. Hierzu sei bemerkt, daß inzwischen eine kombinierte Sitzung der Delegierten und neugewählten Vertreter unter dem Vorsitz von Meise stattgefunden hat, in der auch der Umstand, daß die „schadenfrohen Christen“ den Meise in Sitzungen mit Arbeitgebern wegen der Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ fortwährend auf die Schaufel nahmen, zur Debatte stand. Im Verlauf derselben, und als Meise es nach wie vor „für zuviel Ehre hielt“, die „Arbeiter-Zeitung“ zu verklagen, tappte der kluge Meise

Massenausritte aus dem Gesamtverband

In einem Vierteljahr verlassen 875 Kollegen die Organisation — Eine falsche Entscheidung! Die Parole: Kampf den Spalter! Gleich in die Gewerkschaften!

In der vorigen Woche stattgefundenen Delegierten-Versammlung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Dienstleistungen sowie des Personen- und Warenverkehrs war bezüglich des Fernbleibens von 70 Delegierten von insgesamt 250. Den Geschäftsbericht gab der Bevollmächtigte Senf. Er erklärte sich im Schweiße seines Angesichts, den Delegierten klar zu machen, daß die Organisation doch die Kollegen in die Gewerkschaften zu veranlassen müsse. Er „bedauerte“ den Austritt der SPD aus der Regierung, weil doch die bürgerliche Regierung jetzt eine arbeitgeberfeindliche Politik mache. (Er vergaß zu sagen, die arbeitgeberfeindliche Politik Müllers fortsetze.) Er stellte auch recht vorsichtig die Entkommunalisierung der städtischen Betriebswerke und erklärte, die SPD werde alles dagegen unternehmen. Wenn der Magistrat trotzdem dieselbe durchführt, „dann man auch nichts ändern!“ (Das ist die Forderung der Partei, die im Magistrat ihre Zustimmung zur Umwandlung gibt.) Zu den Betriebswerke mußten jedoch er, daß man die auf der Oppositionsliste stehenden Verbandsmitglieder habe ausschließen müssen.

Der Mitgliedsbestand ist seit dem letzten Quartal von 12 000 auf 11 125 zurückgegangen. 875 Kollegen haben also die Konsequenz, wenn auch eine falsche, in einem Vierteljahr infolge der erbärmlichen Haltung der sozialfaschistischen Verwaltung und ihrer zum Teil korumperten Funktionäre (siehe Strachotta und Co.) gezogen.

Senf verlas dann noch eine von der Opposition eingegangene Protestresolution und erklärte dazu, daß die Delegierten

kein Recht haben, etwas zu beschließen; denn das kann nur der Hauptvorstand. (!)

Nach Abwicklung des Geschäfts- und Kassaberichts wurde über die Diskussion Kollege Schmidt vom Parteipräsidium zu Worte gebracht, daß man für das Umschreiben der Mitgliedsliste 220,05 Mark ausgegeben habe; das sind für das Buch 20 Pfennige. Ein Skandal bei durchaus genügendem Büropersonal. Für die Freiheit der Kollegen werden die Mitgliedsbeiträge verschleudert. Dann sprach der „Oppositionelle“ Strachotta. Er wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, Opposition zu mimieren. Er rebete laute Töne, um sich bemerkbar zu machen, doch die Kollegen kennen ihn. Sie haben ihm eine Anerkennungsspitze gegeben, indem er am Sonnabend zur Jubilarfeier im Vergnügungsausschuß die Lieber festsetzen durfte.

Kollegen, es ist unbedingt notwendig, die revolutionäre Opposition zu unterstützen in ihrem Kampf; denn sonst machen die Senf und Kumpanei aus der Delegiertenversammlung nach einem Statutenabend. — Zu dem Dr. Statut sei noch zu bemerken, daß in demselben der Passus enthalten ist,

wonach nur eingeschriebene Mitglieder der SPD im Ortsvorstand sein dürfen.

Die Delegierten lehnten zwar diesen Passus ab, aber an dem Verlangen an sich zeigt sich wieder einmal klar und deutlich, daß die Gewerkschaften heute weiter nichts sind als eine Zweigstelle der SPD. Kollegen, wählt deshalb in den Betrieben als Delegierte nur Anhänger der Gewerkschaftsopposition, die gewillt sind, mit eurer Hilfe gegen diesen Kurs der Bürokratie anzukämpfen.

Breslauer Jungarbeiter schreibt aus Moskau

Moskau, 28. April 1930.

Liebe Eltern und Geschwister!

Ich kann Euch nun mitteilen, daß ich meinen Plan, nach Rußland zu reisen, in die Wirklichkeit umgesetzt habe. Wie Ihr aus diesem Briefe erseht, befindet ich mich seit 26. April hier in Moskau. Es gefällt mir sehr gut und ich werde vorläufig hier bleiben; nur 25 Kilometer weiter ins Land hinein, wo große Werke gebaut werden. Ich bin mit zehn Freunden hier, und am 2. Mai fangen wir erst an zu arbeiten. Bis zu dieser Zeit sind wir die Gäste der Kommunisten. Wir waren insgesamt 70 Deutsche, die wir von Berlin über Frankfurt, Polen, Warschau nach hier fuhren. Hier ist es sehr kalt, besonders des Nachts, aber der Sommer wird auch kommen. Wir sind hier in Rußland, um das Problem des Kommunismus direkt kennenzulernen und uns über die russischen Verhältnisse zu orientieren, um dann, wenn wir nach Deutschland zurückkehren, den Zeitungen, welche die Geg-

Ortsgruppen- und Stadtleiter!

Die Malzeiten müssen bis zum 17. Mai an die Bezirksleitung reiflich abgerechnet sein. Nichtverkaufte Malzeiten müssen zurückgegeben werden. Malzeiten, die nach dem 17. zurückgegeben werden, müssen die Ortsgruppen selbst bezahlen.

artikel gegen Sowjetrußland loslassen, die Wahrheit ins Gesicht zu schmeißen und ihre Lügenartikel, die sie verbreiten, zu widerlegen. Doch genug davon; alles weitere könnt Ihr aus dem Brief an die Familie Feige ersehen. Ich bitte Euch, was ich Euch geschrieben habe, weiterzuverbreiten. Ich schicke nun mit Grüßen an Euch alle

Euer Sohn und Bruder Max.

Donnerstag wieder Stadtverordneten-sitzung

Übermorgen Donnerstag tritt die Stadtverordnetenversammlung wieder zu einer Sitzung zusammen. Auf der reichhaltigen Tagesordnung stehen neben meist unwichtigen Vorlagen einige für die werktätige Breslauer Bevölkerung sehr bedeutungsvolle. Sie betreffen u. a. den Anschluß der städtischen Elektrizitätswerke an das private Kapitalistische „Elektrizitätswerk Schlesien“ in Tschornitz, die Festsetzung des Gehalts für die Magistratsmitglieder, die ihre 12jährige Dienstzeit beendet haben (es sind dies: Oberbürgermeister Dr. Wagner, Stadtrat Schmidt und — Stadtrat Fuchs), sowie die Renauscheidung dieser Stellen. Die „Ausscheidenden“ können wieder gewählt werden. Wir werden morgen in einem größeren Artikel auf diese Fragen eingehen und die Stellung der Kommunisten darlegen. — Ob die auf der Tagesordnung vorgegebene Eröffnung der Debatte über den neuen Stadthausbauplan erfolgen wird, ist in Anbetracht der Reichhaltigkeit der Tagesordnung fraglich.

Kommunistische Stadtverordnete beantragen Wirtschaftsbeihilfe

Die kommunistischen Stadtverordneten haben folgenden Antrag eingebracht: „Die Unterzeichneten beantragen 1. Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe an die Erwerbslosen, Fürsorge, Volkshand- und Hilfsarbeiter in folgender Höhe: 30 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 20 Mark für die Ehefrau, 10 Mark für jedes Kind. 2. Erhöhung der Richtigkeits des Wohlfahrtsamtes um 25 Prozent, rückwirkend ab 1. April. 3. Abschaffung der Pflichtarbeit. 4. Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich sowie Wegfall jeglicher Überstunden in den städtischen Betrieben. 5. Anerkennung des Erwerbslosenausschusses.“

Mittelschlesien

Strehlen. Polizeigewaltiger Halle sieht und hört nichts. Unser Polizeigewaltiger Halle, der in seinem Kampf gegen die Kommunisten, Zörgiebel als Vorbild nimmt, ist, wenn es sich um Faschisten handelt, blind und taub. Am Freitag veranlaßte der Stahlhelm auf der Feldstraße von 9—11 Uhr eine Nachtübung. Wenn sonst einmal die Einwohner der Feldstraße sich laut bewegen, erscheint sofort die Polizei und verlangt Ruhe. Beim Stahlhelm ließ sich an diesem Abend kein Polizist sehen. Am Sonnabend wurde am Wasserturm ein Schießen veranstaltet. Auch hier sah und hörte man nichts von der Polizei, kein Runder, da Halle auf der Suche nach dem illegalen NSD war. Eine „Spur“ glaubte Halle in der Arbeiter-Schlammkapselle gefunden zu haben; doch wurde daraus Essig. Herr Halle, wie wäre es, wenn wir dem Stahlhelm gegenüber einmal nachdrücklichst Polizei spielen würden?

Trebnitz. Die Alten können verhungern. In Karoschke, Kreis Trebnitz, lebt die frühere, 55jährige Handelsfrau Ziebal, die infolge ihrer Arbeitsunfähigkeit ein Almosen von monatlich 3 Mark bezieht. Da der Herr Gemeindevorsteher an der Bedürftigkeit der Frau zweifelt, hat er eine Streichung des horrenden Betrages durchgesetzt. Befürchtet etwa dieser „nationale“ Held, selbst zu kurz zu kommen? Denn er ist ja außer Wirtschaftsbefugter auch noch Kriegserntempfehlender. Ihr werktätigen Arbeiter im Kreise Trebnitz, ihr Kleinbauern, die man von eurer Scholle verdrängen will, gebt diesen Herren die Antwort, indem ihr euch einreißt in die kommunistische Partei und mit ihr kämpft.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Wohltätigen (außer Oberabschlüssen) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberabschlüssen Erich Zendorf, Gleiwitz. Für Interale: Karl Gansdorff, Breslau.

Donnerstag, 16 Uhr, auf dem Neumarkt

Große Kundgebung für die Erwerbslosen-Forderungen

der kommunistischen Stadtverordneten • Gegen den Hungeretat des Breslauer Magistrats!

Waldenburger Bergland

Mißstände auf Stickstoffwerk AG. Bahnschacht

A. R. Im Organ „Schlegel und Eisen“ haben wir bereits auf die Mißstände hingewiesen, die in der Stickstoff-WG herrschen. Die Direktion hat aber bis heute in keiner Richtung Vorzüge getroffen, die Mißstände zu beseitigen. Auch die Gewerbeaufsichtsbehörde scheint sich nicht darum zu kümmern. Gehen wir zuerst einmal in die Werkstatt. Wenn man dort reinkommt, bricht man fast die Knochen, soviel liegt dort Material herum. Dann fällt uns weiter auf, daß die Handwerker ihre Kleider an den Wänden hängen haben. Die Stickstoff-WG besitzt wohl eine feine Badanstalt, aber wo bleiben die Umkleidekabinen? Will man erst warten, bis die Protokollen ihre Lampen ruiniert haben? Auch müssen wir uns einmal mit der Person des Werkstattmeisters Freudenberg beschäftigen. Bei jeder wichtigen Sache brüllt er wie ein Ochse. Wenn er schlecht gelaunt hat, soll er seine Wut anderswo auslassen, aber nicht an den Kollegen. Wir glauben, es war Direktor Wichert, der ihm selbst einmal erklärte, er solle sich der Belegschaft gegenüber einen besseren Ton angewöhnen. Wir raten ihm, seine große Klappe im Stahlhelm anzubringen, dessen Strammer Mitglied er ist. Die Handwerker haben es satt, sich länger in einer derartigen Weise behandeln zu lassen. Dieser Mensch hat sich sogar nicht scheut, einem 50pro-

zentigen Kriegsverletzten ein „paar in die Schnauze“ anzubieten. Der Kriegsverletzte ist am Schrägzug beschäftigt. Weiter wollen wir uns einmal mit dem Ueberstundenwesen und den Unfallverhütungsvorschriften befassen. Es wäre nämlich interessant zu erfahren, wie sich die Gewerbeaufsichtsbehörde dazu stellt. Oder gelten für die Stickstoff-WG. das Arbeitsschutzgesetz und die Unfallverhütungsvorschriften nicht? Die Handwerker arbeiten dort, soweit uns bekannt wurde, bis zu 32 Stunden ohne Unterbrechung. Die Firmen Georg Keime, Breslau, und Oberkieschler Rohrbau machen keine Ausnahmen dabei. Die Beamten der Gewerbeaufsichtsbehörde sollen mal die Schichtenbücher vom April kontrollieren, da können sie noch mehr finden. Wie leichtsinnig mit den Unfallverhütungsvorschriften umgegangen wird, zeigt, daß allein schon vier Explosionen (!) vorgekommen sind, wobei Gasleitungen zerrissen, am Räder das Fundament und die Pfeiler beschädigt wurden und in der Crader-Anlage die Gänge der Umwälzpumpe zerbrach. Dabei wurde ein Monteur ziemlich schwer verletzt. Rauchen ist verboten, aber mit dem Schweißapparat wird überall gearbeitet. Menschenleben schätzen nichts zu gelten. Die Belegschaft fordert sofortige Beseitigung der Mißstände.

Die Bürokratie des DMB. spaltet!

Ausschlußverfahren gegen die Kollegen Becker, Lange und Kleinert

Die Bürokratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes bezieht sich nun, in der Bekämpfung der Gewerkschaftsopposition den Niederlagenintoleranten vom DMB nicht nachzugeben. Während man die roten Betriebsratskandidaten, die im DMB organisiert waren, schon vor der Wahl ausschloß, geht die Bürokratie des DMB nun auch dazu über, die Metallarbeiterkandidaten auszuschließen. Die zweiende Kraft waren im Anfang die Hoffmann, Möhle u. Co. vom DMB. Ihnen war die rücksichtslose Kritik des Kollegen Becker in den Revierkonferenzen und Kartellversammlungen schon längst ein Dorn im Auge. Deshalb verlangten sie beim DMB den Ausschluß von Becker sowie von Lange und Kleinert, die ebenfalls als Metallarbeiter auf der roten Liste auf der Reichsgrube kandidierten.

Die DMB-Bürokraten sind etwas gerissener als die Hoffmann u. Co. Sie umgeben den Kampf gegen die Opposition mit dem Mantel der „Demokratie“, indem sie „entgegenkommenderweise“ von den drei Kollegen eine „Rechtfertigung“ verlangen und daraufhin ein Verfahren eröffnen. Es soll damit der Anschein erweckt werden, als ob erst untersucht werden müßte, ob die Kandidatur auf einer roten Liste überhaupt „strafbar“ sei. In Wirklichkeit ist man sich darüber klar, daß solch ein „Verbrechen“ nur mit dem Ausschluß geführt werden kann. Man hat deshalb von Seiten des Hauptvorstandes schon den Ausschluß der drei Kollegen beantragt. Daß die jetzt eingeleitete Untersuchungskommission dementsprechend verfahren wird, garantiert ihnen deren Zusammensetzung. Mit den drei Beisitzern, die der Hauptvorstand bestimmt, stimmt auch der Vorsitzende der Kommission, die ja auch vom Hauptvorstand eingesetzt ist, überein. Diesen vier Kollegen, die dem Antrag ihres Auftraggebers zustimmen werden, stehen gegenüber nur drei Kollegen, die als Beisitzer der „Schuldigen“ fungieren. Mit ihm wird also der Antrag auf Ausschluß mit vier gegen drei Stimmen höchstwahrscheinlich angenommen werden.

Wir wollen folgende Tatsache hervorheben: Es fand sich kein Metallarbeiter bereit, selbst SPD-Kollegen nicht, auf der reformistischen Liste gegen Becker zu kandidieren. Der Kollege Becker als Betriebsrat hat es verstanden, die Werkstatt fast reiflos zu organisieren. (Wie sieht es dagegen in den anderen Zuben aus?) Die rote Liste wurde in einer vollbesetzten Belegschaftsversammlung diskutiert und angenommen, während die Liste der Reformisten nur im Streik von reichlich 30 Funktionären beschlossen wurde. Die Belegschaft bewies bei der Wahl, indem sie sieben rote, dagegen nur sechs reformistische Betriebsräte wählte, daß sie volles Vertrauen zu den roten Betriebsräten hat.

Alles das aber hindert die Niederlagenpraktikanten nicht, die oppositionellen Kollegen rücksichtslos auszuschließen, obwohl sie in zehn bzw. sechs Organisationsjahren stets für die Interessen der Kollegen eingetreten sind. Gegen die eigenen Parteifreunde geht man nicht so rigoros vor, wenn sie auch wirklich verbandsschädigender Handlungen beschuldigt werden. Das beweist die Stellung des Hauptvorstandes zu den Wahlschiebungen Dajlers und Genossen anläßlich der Verbandstagswahl 1928. Dort hatte Dajler mit drei seiner treu ergebenen Funktionäre das Wahlergebnis durch Listenfälschungen zu seinen Gunsten geändert und nur durch die Aufmerksamkeit Beckers ist es gelungen, diese Schiebung aufzudecken. Der Hauptvorstand sah sich schließlich auch gezwungen, eine Neuwahl anzusetzen. Den Antrag auf Ausschluß von Dajler und seiner lauberen Kampagne wies der Hauptvorstand aber ab, obwohl das Protokoll des Verbandstages selbst von „Wahlschiebungen in Waldenburg“ zu berichten weiß.

Wieder einmal Königszeller Porzellanfabrik

Der heuchlerischen „Bergwacht“ zur Antwort

A. R. Wir haben bereits des öfteren über die skandalösen Zustände in der Königszeller Porzellanfabrik berichtet. Nunmehr führt sich auch die sozialdemokratische „Bergwacht“ veranlaßt, einen längeren Artikel vom Stapel zu lassen. Darin wird u. a. behauptet, daß die Anteilnahme der Arbeiterchaft am Tode der Frau Kraus auf das „mitfühlende Herz“ dieser Frau zurückzuführen war. So steht es in der „Bergwacht“. In Wirklichkeit war es aber so, daß Meyer in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender vom Direktor aufgefordert wurde, die Arbeiterchaft zur Teilnahme an der Beerdigung zu veranlassen. Und wie war die Teilnahme? Meyer war da, gewiß, und eine Anzahl von Kollegen und Kolleginnen, die glaubten, sich dadurch vor einer eventuellen Entlassung schützen zu können. Diese Beteiligung war also keinesfalls auf das „mitfühlende Herz“ der Frau Kraus zurückzuführen.

Die „Bergwacht“ entrüstet sich über die Einstellungsmethoden der Firma. Ja, wir leben im dreizehnten Jahre der Weimarer Republik. Deshalb ist es da den Gewerkschaftsbürokraten nicht möglich, eine untertänigliche Entlohnung zu verhindern? Das sagt die „Bergwacht“ nicht. Sie kann natürlich in ihrer Zeitschrift nicht mitteilen, daß die Ursache dieser Entlohnung in der Tatsache zu suchen ist, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten gar nicht daran denken,

In diesen beiden Fällen steht die Arbeiterchaft, daß eine totalitäre Bürokratie sich der gemeinsten Mittel bedient, um den revolutionären Einfluss zu unterbinden, daß sie der Korruption Tor und Tür öffnet, die Kandidatur von revolutionären Kollegen aber mit dem Ausschluß beantwortet. Kollegen, fordert die Einstellung des Ausschlußverfahrens gegen Becker, Lange und Kleinert und die Wiederaufnahme der schon ausgeschlossenen! Scharf auch um die Gewerkschaftsopposition und setzt an Stelle der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftspolitik den Klassenkampf!

Landeshut

Landeshut. Eine große Enttäuschung erlebten die kinderreichen Familien, die gehofft hatten, in dem neu errichteten reichseigenen Hause eine Wohnung zu erhalten. Bei zwölf Wohnungen waren 51 Bewerber vorhanden. Doch die meisten von ihnen nahmen von dem Antrag Abstand, als sie hörten, daß für die Wohnungen ohne Wasserleit von 18 bis 30 Mark Miete verlangt wurde. Dieser Betrag sind die Familien nicht imstande aufzubringen.

Königszell

Um den Berg vor der Kirche

A. R. Gräfe, der Theoretiker der Königszeller religiösen Sozialdemokraten, schlug in der letzten Gemeindevorstellung erneut vor, den großen Berg, der der katholischen Kirche vorgelagert ist, abzutragen, damit die Bevölkerung „nicht um den Genuss des schönen Kirchensitzes gebracht“ wird. Gräfe regte an, einen diesbezüglichen Antrag bei den maßgeblichen Stellen einzubringen. Wie wäre es, wenn man die Erwerbslosen aufordern würde, in freiwilliger unbezahlter Arbeit diesen Berg abzutragen? Sie würden es aus Liebe zum Pfarreter und zur Kirche bestimmt tun.

Freiburg

Reichswehr übt

Verpölet erhalten wir folgenden Bericht: Am Donnerstag nachmittags vergangener Woche kamen 60 bis 80 Radfahrer in feldmarschmäßiger Ausrüstung in Freiburg angelangt. Auf der Ringenborfer Straße erblickten sie plötzlich den „Feld“, stützten in den Straßen und gingen an zu Inaktieren. Jeder Soldat war mit einer Landkarte ausgerüstet, auf der er sich orientieren konnte. Arbeiter, wer bezahlt die Reichswehr? Welchem Zweck dient sie in Wirklichkeit? Etwas, um die Arbeiter vor den Ueberfällen der Nationalsozialisten zu schützen? Oder etwas, um die Unternehmers zu zwingen, den Arbeitern menschenwürdige Löhne zu zahlen? Oder etwas, um das Arbeiter-Rußland vor dem Angriff der imperialistischen Mächte zu schützen? Denkt nach, Kollegen, stellt den Unterschied zwischen der deutschen Reichswehr und der sowjetrussischen Roten Armee fest!

Wieder einmal Königszeller Porzellanfabrik

einen energischen Kampf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu führen, da sie als Funktionäre einer staatsfeindlichen Partei für das Wohlergehen des Kapitalismus sich einsetzen müssen. Die Zustände in der Breunhäufern spalten jeder Beschreibung. Es ist hier tatsächlich so, daß vorwiegend Frauen und Mädchen mit schwerer Arbeit beschäftigt werden. Doch welches Recht hat die „Bergwacht“, sich darüber zu entrüsten? Ihre Reaktionen und Parteifreunde waren es doch, die 1918 und 1919 die Uebernahme der Produktion in die Hände der Arbeiterchaft verhinderten und den revolutionären Vorstoß der Berliner Arbeiter im Blute erstickten. Der Sozialdemokrat Bissell war anderthalb Jahre Reichsarbeitsminister. Die Sozialdemokraten waren die führende Regierungspartei in der Koalition — und es wurde von Tag zu Tag schlimmer.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Es ist elende Heuchelei, was die „Bergwacht“ sich in diesem Artikel leistet. Die sozialdemokratischen Drogen haben kein Recht, sich über die Zustände zu entrüsten, die sie selbst mitgeschaffen haben, für die sie in erster Linie verantwortlich sind. Seht diesen Leuten den Rücken. Schmeidet in den Betrieben die rote Einheitsfront. Kämpft Schulter an Schulter für Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Niederschlesien

Görlitz

Görlitzer Rundschau

Das sogenannte „Vollshaus“ hat sich nun in ein lebensfähiges Hotel verwandelt. Das wird sich auch so gehören. Wie kann man „Thron im Thron“ oder „Stadtrat Kessel“ zumuten, in einer gewöhnlichen Kneipe zu jenseit! — Man muß sich die Barden und „bewährten Sozialisten“ einmal abends ansehen geben, es lohnt sich. Bei der „Lante“ von der Lantenstraße steht es schlimm aus. Dort hat sich ein kommunistischer Kessel schnell verbreitet, der sich in Zukunftsbrüchen und chronischem Schwindel Luft zu machen versucht. Der Kältezug der SPD gab ihnen noch den letzten Stoß, und jetzt vergeht kein Tag, wo sich nicht so ein Schwindler auszusprechen versucht. Da liegt man von „ehelichen“ Kommunisten, die der „Vollzeitung“ recht geben, daß die „Arbeiter-Zeitung“ fast keine Lehrer habe, daß am Neumarkt der SPD 6750 Personen teilnahmen und da im Geiste Throns und Polizeimeister Schulzes der Sozialismus liegen werde.

Die Herren um Fingel u. Co. suchen jetzt täglich nach Bombenflugzeugen und Eisenknäulen der KPD-Uniform, auch soll dieser rote Zeitgenosse eine Perichwörterbande entdeckt haben, die nachts in den unterirdischen Gemäulern der Peterskirche gehaust habe, es soll ihm dort gelungen sein, sich in nie dagewesenem Schweiß zu blamieren.

Reberbei bemerkt: Vor lutzem ist der edle Zeitgenosse Maurenbrecher gestorben. Der Mann war vielseitig, war Bodenreformer, Pfarre, Sozialist, sozialdemokratischer Redakteur, schrieb ein Wort gegen die Sozialisten, manbelte sich wieder, wurde deutschnational und laizistisch, dann Nationalsozialist und zuletzt wieder Pfarre. Wie viele solcher Gestalten mögen heute noch in der SPD herumtorkeln? Gewiß unzählige — heute rotrot — schwarzrotgold, morgen schwarzweißrot mit roten Streifen. Sie hängen den Mantel nach dem Winde — und nach den Ministerjesseln. Satirist.

Sagan

„Deutschlands Zukunft“ mit Ehrgeiz und Heuchelei

Eine bezeichnende Gemeinheit hat sich in Ederdorf der Nazi-Mann und Gutsbesitzer Otto Schumann junior erlaubt. Als einer seiner Arbeiter eines Morgens etwas länger schlief als „erlaubt“ war, warf ihn Schumann aus dem Bett und gab ihm dabei eine derart heftige Ohrspeise, daß er davon ein dickes Gesicht bekam. Als sich der Beschlagene nunmehr mit vollem Recht weigerte,

an die Arbeit zu gehen, wollte der Nazi-Mann noch mit einer Kritik auf ihn losziehen, was aber ein hinzukommendes Mitglied des Arbeiterrats nach verhindern konnte, indem er den „Helden der Zukunft“ empfinden zurechtwies. Der geprägelte Arbeiter, der bis jetzt ein Anhänger der Nazis war, ist nun ernüchert und hat deren Reihen verlassen. — Arbeiter, die ihr bei den Nazis steht, was sagt ihr zu den Prägemethoden eurer „Kommeraden“?

Sprottau

Granuvoller Selbstmord

Auf furchtbare Weise verübte eine 23jährige Säuglingsmutter aus Freystadt in der Nähe von Sprottau Selbstmord. Sie erstickte einen Knaben der 20 000-Voll-Ueberlandleitung Sagan-Sprottau und beruhigte die Trübsal, so daß sie sofort getötet wurde. Die Stromanzeige zur Stadt wurde auf etwa eine Stunde unterbrochen. Das Mädchen hatte ein Verhältnis mit einem Sprottauer Angestellten unterhalten, das dieser löste.

Liegnitz

Schweres Autounglück beim Mainausflug

Die Gesangsabteilung der Liegnitzer Fleischherinnung unternahm am Sonntag in Begleitung ihres Dirigenten, Musiklehrer Paul Mehlig, einen Ausflug nach der Größigburg. Gegen 13 Uhr wurde Mehlig im Auto des Fleischmeisters Oskar Hofmann zurückgebracht. Am Hohenauer Sandsteinbruch fuhr das Auto gegen einen Gipsstein und einen Baum und wurde in den Gipssteinen eingeschleudert. Mehlig erlitt einen schweren Schädelbruch, einen Bluterguß an der Stirne und andere Verletzungen. Fleischmeister Hofmann kam mit einer leichteren Handverletzung davon, während der ebenfalls mitfahrende Fleischmeister Weirauch, Jauer Straße 91, schwere Armbrüche davontrug.

Gefängnis für einen Heiratschwindler

Auf ebenso dreiste als gemeine Weise verband es ein gewisser Karl Jahn, sich Geld zu verschaffen. Er schrieb auf Heiratsanzeigen an zwei Mädchen, versuchte ihr Vertrauen zu gewinnen und ergaunerte sich von ihnen unter allerlei Vorspiegelungen größere Geldbeträge. Nun fand er vor dem Liegnitzer Amtsgericht. Das Gericht erlaubte auf vier Monate Gefängnis.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 15. Mai. 9.05: Schulfunk. • 15.40: Bücherstunde. • 16.30: Konzert. Lied: In der Hauptallee. — Translatoren: Wiener Extrablätter. — Williams: Barcarole. — Schramm: Burzels Rendezvous. — Strauß: Adler. — Völp. aus „Der lustige Krieg“. — Frenkel: Eranjonele. — Waldau: Wenn Du mich liebst. — Jochims: Was ist das nicht! — Dostal: 100 Proj. Schlagert. — Büchel: Rundfunk-Marsch. • 17.30: Gleiwitz: Oberlandwirtschaftsrat Moor: Tagesfragen der Grünlandwirtschaft. • 18: Prof. Dr. Frenzel: Was blüht in diesem Monat? • 18.15: S. Trawinst: Nationalisierung, Gewerkschaften und Arbeiterchaft. • 18.40: E. Landsberg: Grundlagen der Reduktion. • 19.05: Abendmusik. Fuzil: Dräsel-Marsch. — Jenjen: Arme Gefangene. — Lange: Stimmungsbilder, Suite. — Dider: Berlen und Tränen. — Schide: Kleine Gratulanten. — Karl: Boglia. — Mannfred: Ein Karnestraum. — Hünemeyer: Wenn die Abendglocken klingen. — Dostal: Man liebt nur einmal. — Wop. Kibo: Contad. Gute Nacht! — Fall: Gnädiges Fräulein. Heben Sie Rosen? — Tierney: Es lebe das Leben! • 20.15: Philharmonie Berlin: Konzert. Siffer: Festliches Quartett. — Beethoven: Klavierkonzert Nr. 5 in Es-Dur. — Meyer: Variationen über ein Thema von Mozart. • 22.25: Das Mikrophon belauscht die Nachtgall. Uebertragungsvertrag aus einem Breslauer Parl. • 22.45: Gleiwitz: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Freitag, 16. Mai. 16: Frauenstunde. Fünf Minuten für die Hausfrau. — Cara Vahs: Elisabeth von zum Gedächtnis. • 16.30: Schallplatten. • 17.30: Kinderzeitung. • 17.55: Sport in Deutschland, Rußland, China und Japan. • 18.20: Dr. Samuil: Das Elektron auf der Wanderschaft. • 18.45: Englisch für Anfänger. • 19.10: Abendmusik. Neue Töne. • 20: Prof. Dr. Oberst: Das britische Weltreich. • 20.30: Fräulein Meta hat Grippe. Hörspiel von Ilse Holzahn. • 21.30: Märchen im Schnee. Operette in einem Akt von A. Robilichet und P. Morgan. Musik von Rob. Stolz. • 22.50: Reichsstadtbericht.

Sonnabend, 17. Mai. 16: Bücherstunde. • 16.30: Leipzig: Konzert. Cherubini: Konzertouvertüre. — Debussy: Vorspiel zum Nachmittags eines Raums. — Bonini: Follade Op. 25. — d'Albert: Hohenmittel-Suite. Op. 33. • 17.30: Die Filme der Woche. • 18: Eperanto. • 18.15: Prof. Dr. Ward: Thomas Manns philosophische Bedeutung. • 18.40: Dr. Stumpf: Das Leben auf anderen Welten. • 19: Dr. Stumpf: Himmelsbeobachtungen im Mai. • 19.05: Schallplatten. Alentlänge. • 20: Prof. Dr. Griebel: Kunst in Schellen. • 20.30: Tanz in drei Jahrhunderten. • 22.30: Berlin: Tanzmusik.

Schöne weiße Zähne. Auch ich möchte nicht verstehen, Ihnen meine größte Anerkennung und höchste Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauchte „Chlorodont“ schon seit Jahren und ich werde es weiter können weihen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch die tägliche Gebrauchs Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste“ erreicht habe.“ E. Reichel, Schwerg, Amt Nienberg, Saalkreis. — Chlorodont: Zahnpaste, Zahnbürsten, Mundwasser Einzelpreis 1 M. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Oberschlesien Kommunistischer Vormarsch in Osterschlesien

Die Wahlen zum schlesischen Sejm

Die Ergebnisse aus den ersten drei von acht Wahlbezirken zeigen, daß die kommunistische Partei auf dem Vormarsch ist. Es ist gelungen, große Teile der ehemaligen Wähler der deutschen und polnischen Sozialisten um die rote Fahne des revolutionären Klassenkampfes zu sammeln. Die „Kattowitzer Zeitung“ schreibt dazu:

„Der Umwälzungsprozess bei den Deutschen Sozialisten hat weitere Fortschritte gemacht. Diese Partei hat eine nicht unerhebliche Anzahl von Stimmen an die Deutsche Wahlgemeinschaft sowie an die Kommunisten abgegeben müssen. Das Anschwellen der kommunistischen Stimmen ist in erster Linie auf die katastrophale Wirtschaftspolitik des herrschenden Regimes in der Sowjetunion zurückzuführen.“

Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, daß die Kommunisten kämpfen mußten ohne legale Propagandamöglichkeiten, unter dem ständigen schändlichen Terror gegen die gesamte Front der deutschen und polnischen Sozialistenpartei, die trotz aller chauvinistischen Begierden gemeinsam gegen die verhassten Kommunisten einen erbitterten Kampf führen. Die geben hier vorläufig aus den Wahlbezirk II und III die wichtigsten Ergebnisse wieder.

Wahlkreis 3 (Königshütte)

Königshütte: Deutsche Wahlgem. 18 646, Deutsche Soz. 3227, Korfanty 3881, Sanacja 4540, Poln. Soz. 1283, Nat. Arbeiterp. 8882, Binnikawicz 394, Kommunisten 3009, Hausbes. 1591, Schlef. Glöckl. 472.

Bismarckhütte: Deutsche Wahlgem. 3909, Deutsche Soz. 1206, Korfanty 1109, Sanacja 3587, Poln. Soz. 1478, Nat. Arbeiterp. 602, Binnikawicz 77, Kommunisten 1407, Hausbes. 490.

Alpine: Deutsche Wahlgem. 3115, Deutsche Soz. 428, Korfanty 1881, Sanacja 1835, Poln. Soz. 403, Nat. Arbeiterp. 632, Binnikawicz 219, Kommunisten 1141, Hausbes. 138.

Legienhütte: Deutsche Wahlgem. 1738, Deutsche Soz. 262, Korfanty 1617, Sanacja 1088, Poln. Soz. 416, Nat. Arbeiterp. 480, Binnikawicz 61, Kommunisten 374, Hausbes. 104.

Godulawitz: Deutsche Wahlgem. 1317, Deutsche Soz. 30, Korfanty 1031, Sanacja 601, Poln. Soz. 375, Nat. Arbeiterp. 260, Binnikawicz 50, Kommunisten 186, Hausbes. 31, Schlef. Selbsthilfe 2, Kathol. Zentrum 6, Schlef. Glöcklinge 40.

Scharley: Deutsche Wahlgem. 2693, Deutsche Soz. 88, Korfanty 1439, Sanacja 916, Poln. Soz. 71, Nat. Arbeiterp. 341, Binnikawicz 30, Kommunisten 121, Hausbes. 227.

Groß-Pielar: Deutsche Wahlgem. 1651, Deutsche Soz. 127, Korfanty 2048, Sanacja 872, Poln. Soz. 101, Nat. Arbeiterp. 515, Kommunisten 147, Hausbes. 218.

Wahlkreis 2 (Kattowitz)

Kattowitz: Deutsche Wahlgem. 24 704, Deutsche Soz. 2203, Korfanty 12 668, Sanacja 8878, Poln. Soz. 8548, Nat. Arbeiterp. 8481, Binnikawicz 741, Kommunisten 2178, Schlef. Landwirte 1084, Hausbes. 1084, Schlef. Selbsthilfe 647, Schlef. Volksverb. 448, Kathol. Zentrum 768, Schlef. Glöckl. 536.

Mysłowitz: Deutsche Wahlgem. 4161, Deutsche Soz. 146, Korfanty 2313, Sanacja 1420, Poln. Soz. 913, Nat. Arbeiterp. 616, Kommunisten 1168.

Schöpsalitz: Deutsche Wahlgem. 1577, Deutsche Soz. 58, Korfanty 1284, Sanacja 630, Poln. Soz. 236, Nat. Arbeiterp. 288, Binnikawicz 47, Kommunisten 1050.

Gieselerhütte: Deutsche Wahlgem. 7463, Deutsche Soz. 1117, Korfanty 3032, Sanacja 1066, Poln. Soz. 887, Nat. Arbeiterp. 609, Kommunisten 3584, Schlef. Landwirte 2, Hausbes. 544, Schlef. Selbsthilfe 37, Schlef. Volksverb. 409, Kathol. Zentr. 132, Schlef. Glöckl. 188.

Gieselerhütte: Deutsche Wahlgem. 1490, Deutsche Soz. 823, Korfanty 833, Sanacja 744, Poln. Soz. 587, Nat. Arbeiterp. 281, Binnikawicz 80, Kommunisten 328.

Janow: Deutsche Wahlgem. 2622, Deutsche Soz. 130, Korfanty 1509, Sanacja 1052, Poln. Soz. 619, Nat. Arbeiterp. 690, Binnikawicz 160, Kommunisten 1492, Hausbes. 133.

Mysłowitz: Deutsche Wahlgem. 1218, Deutsche Soz. 101, Korfanty 772, Sanacja 894, Poln. Soz. 310, Nat. Arbeiterp. 174, Binnikawicz 31, Kommunisten 610, Hausbes. 113, Schlef. Selbsth. —, Schlef. Volksverb. 117.

Grzeszyna: Deutsche Wahlgem. 662, Deutsche Soz. 16, Korfanty 897, Sanacja 849, Poln. Soz. 150, Nat. Arbeiterp. 351, Binnikawicz 124, Kommunisten 328.

Zentrum für Biersteuererhöhung — gegen soziale Ausgaben

Freitag — Der Stet gegen Arbeiterschaft und werktätige Bauern

Neustadt, 13. Mai. Außer der Einführung von einigen Kreislagsgesetzen und verschiedener Neuordnungen standen auf der Tagesordnung die Einführung der Biersteuer im Kreis und der Etat für das Jahr 1930. Genosse Battel wachte sich entschieden gegen die Biersteuer, da dieselbe nur von den kleinen Leuten getragen werden müßte, während die „bessere“ Gesellschaft auf Wein und Sekt keine Steuern zahlen brauche. Er brandmarkte auch die Beschlüsse der Regierung, welche die Kommunen und Kreise dazu zwingt, entweder die Biersteuer einzuführen oder andererseits auf „Zuschüsse“ der Regierung zu verzichten. Mit Stimmensmehrheit wurde die Biersteuer eingeführt. Der Etat sollte auf Antrag des Zentrums sang- und klanglos unter Dach und Fach gebracht werden. Diefem Verlangen trat der Genosse Battel entgegen und beantragte Eingebung der verschiedenen Punkte. Der demagogische Zentrumsantrag wurde abgelehnt. Sämtliche Abänderungsanträge der Kommunisten, welche die Erhöhung der Ausgaben, für Hilfe an Kleinbäuerliche Betriebe, für Säuglingspflege, Erholungsfürsorge, Tuberkulose und Kinder-

speisung gestellt wurden, fanden keine Annahme bei diesen Zentrumsvertretern. Auch einige Streichungen und Kürzungen verschiedener Ausgaben sowie der Antrag auf Gewährung von 400 Mark für die Rote Hilfe wurden abgelehnt. Der Gutspächter Dr. Klaus-Neustadt wandte sich gegen die hohen sozialen Ausgaben und jammerte über die Not der Landwirtschaft. Vom Genossen Battel erhielt dieser laubere Patron die richtige proletarische Antwort, wobei er das Treiben der Regierung brandmarkte, die für soziale Zwecke kein Geld hat, aber andererseits für Militär und Panzertruppen Geld genug vorhanden ist. Bei dieser Erwähnung setzte von seiten des Zentrums sofort ein Protestgedrei los, und der Landrat setzte die Klingel in Bewegung. Aus dem Verhalten des Zentrums und der Vertreter der Landwirtschaft konnte man ersehen, daß sie nur Vertreter des Gelds und Feinde der Arbeiterschaft sind. Die Arbeiterschaft muß sich mit Abscheu von diesen Vertretern wenden und sich in die proletarische Massenfront einreihen zur Bekämpfung dieser hochstehenden Arbeiterfeinde.

Der neue Hungeretat von Dppeln

Dppeln, 13. Mai. Obwohl in Dppeln bis jetzt noch nicht der Etat für das Jahr 1930 angenommen ist, kann man heute schon sagen, daß der neue Etat wohl das provokatorischste Dokument ist, was man bisher der werktätigen Bevölkerung Dppelns zu bieten gewagt hat. Seine räuberische Brutalität kommt am besten durch die Tatsache zum Ausdruck, daß

die Zuschüsse gegenüber dem Vorjahre für das Fürsorgeamt um 18 000 Mark gekürzt, für die Polizei um 108 000 Mark erhöht wurden.

Zum Fürsorgeamt gehören Klein- und Sozialrentner, Arbeitslosen, Kriegen und allgemeine Fürsorge usw. Daraus ist ersichtlich, daß man, obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse in Dppeln ganz furchtbar sind, nicht daran denkt, dieser unheilbaren Lage auch nur etwas zu begegnen. Nach einer Statistik, die in der Zeitschrift „Provinz Oberschlesien“ veröffentlicht wurde, sind in Dppeln von 14 759 Steuerpflichtigen 5265, die keine Steuern bezahlen, weil ihr Einkommen zu gering ist, d. h. 99,9 Prozent von diesen Leuten sind Armerunterstützungsempfänger mit einem monatlichen Einkommen von 9 bis 15 Mark. Arbeitslosenunterstützungsempfänger mit ungefähr dem gleichen Einkommen, und die ungeheure Zahl der Ausgesteuerten, die überhaupt nichts bekommt. So steht es in Dppeln aus, und trotzdem magt man, den Hungeretat noch um 18 000 Mark zu kürzen. Da wird jeder denkende Arbeiter sagen, höher hinauf geht's nicht mehr.

Mit den Zuschüssen für die Volksschulen verhält es sich ebenso. Gleichfalls Abbau; das ist der Geist unserer „glorreichen“ Republik; Abbau der schon bisher vollkommen unzureichenden Bildungsinstitute. Ergänzt wird das Bild dadurch, daß bei den höheren Schulen keine Abschnitte, sondern Erhöhungen vorgesehen sind, obwohl bereits heute feststeht, daß ein besserer Schüler die Stadt ein Stelchkes von dem kostet, was ein Volksschüler Zuzuschuß braucht.

So ist in ganz kurzen Umrissen das Bild des neuen Etats. Heute schon kann man mit Bestimmtheit sagen, daß alle Parteien, von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten, diesem Hungeretat zustimmen werden. Man kann das mit einer solchen Bestimmtheit behaupten, wenn man berücksichtigt, daß vom Magistrat folgendes beschlossen und von der Zentrumsparität gebilligt wurde:

Der Stadt stehen für dieses Jahr 800 000 Mark an Mitteln aus der Hauszinssteuer zur Verfügung. Von dieser Summe will der Magistrat 500 000 Mark für die im vorigen Jahr für Wohnungsbauzwecke verwandten Mittel einparen.

Das bedeutet vollständige Drosselung des Wohnungsbaues, wozu das

Zentrum seine Zustimmung bereits gegeben hat, trotzdem es in Dppeln 2175 Wohnungsuchende gibt.

Nur die Kommunisten werden Gelegenheit nehmen, diese unerhörte räuberische Brutalität anzuprangern und den Arbeitern zeigen, daß eine Besserung für die arbeitende Klasse niemals im Parlament, sondern nur durch revolutionären Kampf gegen die herrschende Klasse erreicht werden kann.

Proleten zahlen keine Pfaffengehälter mehr Pfarrer Dgan wettet gegen die Kirchensteuerverweigerer

Dppeln, 13. Mai. Die „Arbeiter-Zeitung“ brachte vor kurzem einen Bericht, wonach Pfarrer Dgan aus Hgl-Neudorf in seinem letzten Pfarrgemeindefest eingestehen muß, daß die Kirche leer und immer leerer wird, und daß vor allen Dingen die vielen Arbeitslosen, die doch eigentlich Zeit zum Beten haben, nicht kommen. In einem anderen Artikel berichtet er, daß die Kirchenkasse leer sei, und die Pfaffengehälter der Kirchenangestellten, wie Geistlichen, Mendanten, Glöckner und Küster, nicht gezahlt werden könnten. Das liege daran, daß niemand von den 7000 Parochianen Kirchensteuer zahlen wolle. Sobald die Kirchensteuerveranlagung aufgestellt wird, rennen die Parochianen zu den Kirchensteuervorstandsmitgliedern und erkundigen sich, ob sie Widerspruch erheben sollen. Er schreibt wörtlich in seinem Blatt:

„Die Kirchenangestellten müssen also noch warten, bis die Bernunft fest, oder bis der liebe Gott die Feger gegen die Kirchensteuer herben läßt, oder bis die Hgl-Neudorfer Katholiken zu der Ueberzeugung kommen, daß die Kirche doch wenigstens für sie soviel wert sein muß, als sie für Autobusse — oder für Zigaretten — oder für Schnaps — oder für Raschzeug — oder für andere unnütze Dinge auszugeben pflegen. Es ist ja eigentlich für einige anständigen Katholiken eine Schande, wenn in einer Gemeinde von 7000 Seelen die Kirchenkasse zahlungsunfähig ist. Und mir fällt es nicht leicht, darüber hier zu schreiben, aber es muß sein.“

Dgan appelliert an den Sieg der Vernunft, obwohl er doch mit allen Kräften seine Parochianen um den gesunden Menschenverstand bringen will. Es ist gerade der Anfang, daß die Kirchenangänger beginnen zur Vernunft zu kommen; wir zweifeln nicht daran, daß diese Entwicklung sich fortsetzen wird, und dann kann Dgan seine Klammotten packen und hat als Arbeitsloser noch mehr Zeit als jetzt Zeit zum Beten. Er kann ja dann die Wirkung des Gebetes auf den hung-

Gleiwitz

Auszahlung der Renten. Die Zahlung der Zusatzrenten für Kriegssopler sowie Sozialrentner für den Monat Mai 1930 für die Stadt Gleiwitz sowie die Städtelke Egarth-Pabitz, Richterdorf und Jernitz findet wie folgt statt: Donnerstag, den 15. Mai, für Kriegssopler, Kriegereckern, Kriegermüttern, Halb- und Vollwaisen sowie Kinder wiederbeschäftigter Kriegsehemänner zu den auf den Ausweislisten angegebenen Zeitpunkten. Freitag, den 16. Mai, für Sozialrentner, Invaliden von 8 bis 11 Uhr, für Witwen von 11 bis 14 Uhr und für Waisen von 14 bis 16 Uhr. Die Zahlungen finden im hiesigen Stadttheater, Wilhelmstraße 23, statt. Für Kriegssopler, Klein- und Sozialrentner des Stadtteils Sornitz im dortigen Amtsgebäude Freitag, den 16. Mai, von 16.30 bis 17.30 Uhr. Pünktliche Erschließung zu den auf den Karten angegebenen Zeiten ist unbedingt erforderlich. Zahlungen erfolgen nur bei Vorlage der Ausweise.

Hindenburg

Die Knochenmühle Delbrück und Guido-Grube

Sind da in der Abteilung D 12 zwei Steiger mit Namen B o b o n und G o t t s c h, die da glauben, die alleinigen Machthaber zu sein. Sie vertreten nämlich den Standpunkt, ein Arbeiter darf nicht krank sein. Freßt aber mal ein Arbeiter eine Schicht, wird von diesen beiden Untrabern dem Kumpel eine Dummelkassette eingeschrieben, und er verliert dadurch seinen Tarifurlaub. Will der Betriebsrat dann so einen Fall schießen, wird er brutal abgewiesen, und zwar deshalb, weil er ein roter Betriebsrat ist, und er nicht bettelt, wie das die früheren reformistischen Betriebsräte immer getan haben, wenn sie etwas für die Arbeiter herauskriegen wollten. Es ist noch gar nicht so lange her, daß Steiger G o t t s c h im Schichtlohn bezahlt wurde; da hat er so manches Mal geflucht, wenn er wenig Lohn bekommen hatte. Jetzt aber, da er Angestellter ist und ein auskömmliches Gehalt bekommt, geht er selber dazu über, Arbeiter zu schädigen. Das gibt ein deutliches Bild von seinem Charakter: nach oben laubdeln, und nach unten treten. Wir rufen diesen beiden Herren von dieser Stelle aus zu, sie mögen es nicht zu weit auf die Spitze treiben, denn die Belegschaft wird sich das nicht lange gefallen lassen. Sie brauchen nicht denken, daß sie sich dadurch bei der Verwaltung gut ansehnen. Im Jahre 1928 flogen so manche Angestellte, obwohl dieselben sehr gute Antreiber waren. Für diesmal wollen wir es genug sein lassen. Sollte sich aber an den Verhältnissen nichts ändern, werden wir noch mit mehr Stoff ankommen. Den Belegschaftsmittelslebern aber rufen wir zu: Unterstützt eure gewählten roten Betriebsräte, denn nur sie sind für die Beseitigung des Antreiberherrs, für bessere Bezahlung und menschenwürdige Behandlung der Arbeiter. Aber sie können nur etwas erreichen, wenn die Belegschaft kampfbereit hinter ihnen steht.

Nationalisierungsmord

Auf der Guido-Grube verunglückte tödlich der Bauer Martin Rabiola, 41 Jahre alt, aus Hindenburg. Der Bedauernswerte war verheiratet und hinterläßt fünf unversorgte Kinder. Rabiola ist ein Opfer der Profitgier und der verhassten Ausbeutung geworden.

Mikultschütz

Jungpioniere an der Arbeit

Wir erhalten von einem Jungpionier einen Brief, aus dem wir folgendes entnehmen: Aus Anlaß des zweiten Welttreffens der Arbeiterkinder in Halle haben wir Sammelkisten zur Finanzierung einer Delegation erhalten. Die Listen wurden aufgeteilt, und nun ging es an die Sammelarbeit. Da unsere Geschäftswelt auf Arbeiterkinder angewiesen ist, glauben wir auch, bei ihnen sammeln zu können. Wir haben bei einzelnen Kaufleuten Güte Versprechungen sammeln müssen. Der Fleischermeister Jemsaull packte den Sammler am Kragen und warf ihn wie ein Stück Vieh aus dem Laden. Der Kolonialwarenhandl. Schymura auf der Verbindungsstraße machte es nicht besser. Er nahm sich die Frechheit heraus, die Sammelkiste einfach einzubehalten. Die Händlerin Reichel von der Schwerinstraße fürzte auf die Straße und rief nach Passanten, um den „stechen“ Jungen der Polizei zu übergeben. Unterdessen suchte der Junge das Weite. Darauf eine Verfolgung nach diesem „Verbrecher“. Drei Schuppien machten sich an die Arbeit. Man erwartete den Jungen und beschlagnahmte durch die Polizei die Sammelkiste.

Arbeiterkern, merkt euch die Kaufleute, die für unter Kinder-treffen nichts übrig haben!

Erwerbslose!

Ein neuer Raubplan gegen euch wird vorbereitet. Schmiedet die Abwehrfront! Organisiert den Kampf! Sendet eure Vertreter zum Reichkongress der Arso am 14. und 15. Juni in Dresden!

rigen Wagen praktisch ausprobieren. Beim „lieben Gott“ scheint Dgan schon gar keine Nummer zu haben, denn sonst würde er ja seine Bitte erhöhen und die Feger gegen die Kirchensteuer freipieren lassen; aber scheinbar will er Dgan's Kirchenassistenten frohlocken, denn die Kirchensteuerverweigerer vermehren sich wie der Sand am Meere. Im übrigen schätzt Dgan die Kirche auch nicht mehr besonders hoch ein, denn er ist schon damit zufrieden, wenn man die Kirche so hoch einschätzt wie einen Schnaps.

Profeten! Heraus aus der Kirche! Christliche Arbeiter, halt keine Pfaffengehälter mehr! Kämpft mit den Kommunisten!

Wegen Forderung von 5 Mark Vorschuß entlassen

Die Arbeiten auf dem Sportplatz Rosenberger Straße sind noch nicht beendet. Die Arbeiter wurden vom Wohlfahrtsamt zu diesen Arbeiten zugeteilt. Der Arbeitsverleiher ist der Stadtobersekretär Augustiniot, ein schon den Erwerbslosen und Ausgesteuerten zu gut bekannter Menschenfeind. Ein Arbeitskollege ging zu diesem seinen Herrn, weil er nach dreitägiger Arbeit keinen Lohn bekommen hat, um 5 Mark Vorschuß. Anstatt den gewünschten Vorschuß zu bekommen, wurde der barhäutige erregte Arbeitskollege bewußtlos geschlagen und sofort entlassen. Um den Kollegen weiter zu unterstützen, stellte Augustiniot diesem eine Entlassungsbescheinigung aus, damit er keine Erwerbslosenunterstützung erhält. Auf Grund dieser Bescheinigung wurde dem Kollegen eine Sperre für vier Wochen auf die Erwerbslosenunterstützung verhängt. Solche Dummheit behält der Dppelner Magistrat. Wir verlangen, daß dieser Beamte von seinem Posten entbunden wird.

Hausfrauen!



Wir marschieren mit und geben bei allen Einkäufen die 8%ige **RABATT**-Rabattmarke. Diese Rabattmarke wird nicht nur in den Lebensmittelgeschäften, sondern auch in einer großen Anzahl Geschäfte anderer Branchen verausgabt, die kenntlich gemacht sind durch das nebenstehende **RABATT**-Plakat. Für die Einlösung bürgt die **Ein- u. Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhändler e. G. m. b. H.**

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Spielplan vom 10. bis 18. Mai
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 19
Rosa Lisa
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 10
Schuld und Sühne

Fahrräder

Serrenräder 38.50
Damenräder 49.50
Herrenrahmen 18.—
ger. gemusst 22.—
Damenrahmen 20.—
Felgen 0.95
Glitterrad Fel. 0.—
Motor 10.50
Rebale Paar 1.—
Center 1.75
Mädchenräder
mit Freilauf 59.—
Aufschläuche 1.—
Aufsäden grau 2.25
Aufsäden rot 2.75
Vorderrad 3.50
Nahmenspumpe 0.60
Nebellochschlüssel 0.20
Schlauchreifen 4.50
Summigriffe 0.25
Fußpumpe 0.95
Stapel 1. Gros 0.40
Sattel Regulator 3.50
Satteltaschen 0.75
Nach ausm. Nachw.
Neuweltgasse 2/4.



Extra billig
Kinderwagen
Klappwagen
Kinderbetten
Kasten- und
Leiterwagen
Korbmöbel
Alle Ersatzteile
Räder, Reparatur.
Jonas
Reuschestraße 40
am Königsplatz

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, 10. 5. bis
bis Sonntag, den 18. 5.
20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Leben aus Irland
Luftspiel aus dem alten
Osterr. Steph. Ramare

Thalia-Theater
Von Sonnabend, 10. 5. bis
Sonntag, den 18. 5.
20.15 Uhr
Neu einstudiert!
Der Muttergatte
Nach dem amerik. Schwan
bearbeitet von B. Pogon

überall erhältlich

überall erhältlich

Deutscher Metallarbeiter-Verband Zahlstelle Waldenburg - Altwasser

Freitag, den 16. Mai 1930, abends 7 Uhr,
findet im Saale der „Stadtbrauerei“ in
Waldenburg eine allgemeine
Mitgliederversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Wahl der Abgeordneten zum Verbandstag in Berlin.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen aus allen Betrieben werden ersucht, sich vollzählig an dieser wichtigen Versammlung zu beteiligen. Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.
L. A.: Die Ortsverwaltung.

Prima Jungsbräu
Liter 15 Pf.
verkaufen wir vom 14. Mai ab täglich frisch von 8-2 Uhr in unserer neuen Verkaufsstelle
Friedrich-Wilhelmstr. 99
am Striegauer Platz, im Hofe links
Germania-Brauerei

Gedr. Adler / Gaststätten in allen Stadtteilen

Eigene Likörfabrik & Eigene Mineralwasserfabrik & Eigene Wurstfabrik

F Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Strehlen

Kauft im
Central-Kaufhaus Strehlen
12865
Besucht die
Vereinigten Lichtspiele
12864
Max Kalke, Ring 25
Bekleidung
12866
Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion
Fritz Grundmann, Ring 50
12867
Man kauft gut im
Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstraße 1
12868
Patschkau
Britten-Lieferant aller Krankenkassen
Fachmännische Bedienung
Optiker **PAUL SCHUBERT**, Ring 16
Schleiferei mit Motorbetrieb
13215
13216 Brot-, Weiss- und Feinbäckerei
ERNST WISCHKA, Frankensteiner Str. 37

Stadt-Apotheke

Ring 13
13217
Mehl und Kolonialwaren
13218 **ALFRED GIERSIG**, Ring 201

Roßschlächterei

P. IMMIG
Breslauer Str. 128
13219

Paul Neumann

13220
Damen- u. Herrenkonfektion, Manufakturwaren
Wäsche, Trikots, Einkaufsstelle der Arbeiter

Hausfrauen!

Kauft Kolonialwaren, Hans-
Küchenger., Schuhe usw. bei
EMIL WISTUBA
Reußere Glatzer Straße 46
13221

Schweidnitz

W. Tönsmann, Grabenstraße 1
Motorräder, Fahrräder, Grammophone
Lage von circa 200 Markensidern
Kinderwagen
13271

Rothenbach

Kauft im Schuhhaus
ASSMANN, Hauptstraße 30
13268
A. Koehler, Inh. Pau' Rennoch
Nr. 24
Feinstes, Lebensmittel, Haus- und Küchen-
geräte, Eiswaren, Leder
13267

Dittersbach

HOCHWALD - BROGERIEN
Hauptstraße 61a und 123
13295

Nieder-Salzbrunn

Lebensmittel, Kolonialwaren, Zigarren, Spirituosen / Robert Bernhard Nachf.
Waldenburger Straße 57
13289

Ohlau

Nähmaschinen :: Fahrräder
Paul Frost, Breslauer Chaussee 3
12880
Ludwig Glegowski
Modewaren, Ring 26
12881
Bierverlag und Ausschank
Adolf Jawiersch, Ring 12
12882
ENGEL-DROGERIE
Mälzerstraße 8
12883
Karl Rossdeutscher, Breslauer Str. 3
Hüte / Mützen / Herrenartikel
12884
G. Lustig, Breslauer Straße 6
Herren- und Knabenbekleidung
Schuhe / Wäsche / Trikots
12885
Feinkosthaus
Ang. Unverricht Nachf.
Kaffee-Großrösteri — Kolonialwaren
Greitkauer Straße 1
12886
Peislerwitz
Breslauer Kaufhaus, Inh. P. Schlef
Wäsche, Weißwaren, Bettfedern und Inletts
Hauptstraße 73
12888

Max Kuhnert

Hauptstraße 80
Fleisch 12877
u. Wurstwaren
Einkaufsstelle
der Arbeiter
Reserviert

KAUFHAUS TONDYKROCH

Hauptstraße 29
Die Einkaufsstelle der organisierten Arbeiter
12879

Friedland O.-S.

Otto Herrmann, Töpferstraße 44
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
13213

Julienhal Bezirk Breslau

„RAUTENKRANZ“
das Verkehrslokal der Arbeiter
13212

Friedland Bez. Breslau

Möbelhaus
FRITZ SCHUBERT
liefert zu günstigen Zahlungsbedingungen
13967

Julius Sager's Nachf. M. Hartmann, Kolonial-

waren, Schuhwaren — Beamaner Straße 18
13906

Reserviert für

Tschersich
13965

Kotzenau

Fahrräder / Nähmaschinen / Ersatzteile
Reparaturwerkstatt
Alfred Mäsch, Bahnhofsstraße 7
13282
Kaufhaus Hermann Krause
Manufaktur, Modewaren und Konfektion
13287

Glogau

SCHÖNBORN
Preussische Straße 40/41
reinigt
färbt
plissiert
13285
EMIL WINKLER
Lange Straße 21
Kolonial- und Tabakwaren
13283
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
ERICH LINDNER
Lange Straße 17
13282
K. Maiwald
Mühlstraße 1
Zigaretten 13288
Zigarren, Tabake
Herrn- und Knabenbekleid.
Adolf 13276
Kreutzberger
Markt 18

Alfred Jenzen

Mälzstraße, Ecke Mohrenstraße
Damenhüte / Trauerkonfektion
13281

PAUL KURZKE

Mälzstraße 41
Schuhwaren aller Art
13280

Pietrkowski

Seit 35 Jahren Qualitätswaren
immer am billigsten
13279

Reserviert 318

13278

Reserviert 1001

13277

Waldenburg-Sandberg

Sandberger Kaufhaus
Inh. August Bulla / Waldenburger Str. 17
13904

Im Kaufhaus W. Rahmer

Friedländer Straße 28
kauft man gut und billig
13902

Waldenburg

Möbelhaus Fischer
Hermannstraße 40
13963
Neu eröffnet!

Nied.-Bernsdorf

Kauft bei
SCHÄFFER, Glückaufstraße 21
13297

IDA ZWIFER / Hauptstraße 29
Hüte — Partiewaren — Bettfedern
Kein Laden
13285

Gottesberg

ARBEITER
kauft eure Kolonialwaren,
Zigarren und Spirituosen bei
PAUL FEIGE
Gottesberg, Grüssauer Straße 4
Filiale Friedland
13471
Obst, Gemüse, Südfrüchte,
Molkereiprodukte
Rudolf Hordl, Niederstr. 36
13472
GUSTAV STELZER, Mittelstr. 23
Filiale: Fürstensteiner Straße
ff. Fleisch- und Wurstwaren
13392
Kunstglaserei und Wirtschaftsartikel
Walter Beck, Markt 9
13473
EDUARD GOERSCH
Buchbinderei u. Papierhandlung
Markt Nr. 16
13474
Verkehrslokal
„DEUTSCHE HALLE“
Topfmarkt
13475

F. Roßfleisch und Wurstwaren

KARL MARTIN, Filiale Friedland
Fürstensteiner Straße 53
13476

Möbel, reell und preiswert

G. Thient, Inh. Fr. Franke
Fürstensteiner Straße 19
13477

TRINKT MILCH

aus der Gottesberger Molkerei
Schützenstraße Nr. 12
13456

Gut und billig kaufen Sie in

KOFFERS RESTEHAUS
Inh. E. Schmidt, Bahnhofsstraße 45
13457

Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren

Fürstensteiner Straße 38
13458
Reserviert 29
13459

Wüsteglersdorf

WILHELM HAIN, Schuhmachermeister
Maßanfertigung und Reparaturwerkstatt
Hauptstraße 9
13901

GOTTHARD GILLERT

Hauptstraße 19
Kolonialwaren, Weine, Spirituosen
13900

GEORG WIESNER / Auenstraße 6

Lebensmittel — Feinkost
Landesprodukte
13299

Schlösschenhaus Kaltwasser

Beliebter Ausflugsort
Sonntags Tanz
13283

Wüsteglersdorf

Schuhhaus **Eduard Schels**
vormals E. Schels Erben
13270
Ältest **Uhrenhaus** | **Ernst Kramer**
Albert Fischer | ff. Fleisch- und
Hauptstr. 55 | Wurstwaren
13268 | Hauptstraße 60
13262
Paul Schels, Schlossermeister
Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur-
werkstatt
Hauptstraße 77
13265
CASTHOF ZUR HOFFNUNG
Jeden Sonntag großer Tanzbetrieb
Hauptstraße 91
13264
Brot- und Feinbäckerei
Bruno Kinze, Hauptstraße 85
13263
Ober-Wüsteglersdorf
Leinen- und Baumwollwaren
kaufen Händler und Privats privatverkauft bei
Wüsteglersdorf
Leinenhaus E. WUNSCH
Eigene Fabrikation
13260
Kolonialwaren, Spirituosen, Tabake
Adolf Stache, Hauptstraße 139
13259

ERNST TEICHMANN

Hauptstraße 1
Kleiderstoffe, Bettwäsche
Haus- und Küchenwäsche
Trikotsagen
13261

Liegnitz

Max Futter
Ring 9/10
ist billig
13261

Konditorei und Bäckerei

Fritz Hocke
Reserviert
Goldbergerstr. 26
13283

EUGEN PASSON

Inh. Gebrüder Boecker
Fleischerei und Wurstfabrik
Frauenstraße 50
Telephon 2353
13292

Brot- und Feinbäckerei

ANTON KUEN
Wilhelmstraße 11
13290

Fleisch- und Wurstwaren

Carl Linke
Kohlmarkt 7
13289